



LANDESKRIMINALAMT
NIEDERSACHSEN



BEFRAGUNG
ZU SICHERHEIT
UND KRIMINALITÄT



Vertrauen in Demokratie in Niedersachsen

Sonderbericht zur
Befragung zu Sicherheit
und Kriminalität



Niedersachsen

Mai 2024



Empfohlene Zitation: Bosold, Viktoria; Gluba, Alexander (2024): Vertrauen in Demokratie in Niedersachsen – Sonderbericht zur Befragung zu Sicherheit und Kriminalität. Hannover: Landeskriminalamt Niedersachsen.

Landeskriminalamt Niedersachsen
Forschung, Prävention und Jugend (FPJ)
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
Tel. 0511 / 9873-1203
fpj@lka.polizei.niedersachsen.de

Nachdruck und sonstige Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe des
Landeskriminalamtes Niedersachsen

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

Demokratie ist nicht nur ein politisches System, sondern die Stimme und das Herz unserer gemeinsamen Gesellschaft. Sie ist das unerschütterliche Versprechen von Freiheit, Gleichheit und Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Ein Versprechen, das aber nur so stark ist, wie das Vertrauen, das der Demokratie entgegengebracht wird. In einer Zeit, die von rasanten Veränderungen, politischen Turbulenzen und zunehmender Polarisierung geprägt ist, steht es oft auf dem Prüfstand. Demokratie darf also nicht als selbstverständlich hingenommen werden. Sie zu verteidigen und zu stärken ist im Interesse der Allgemeinheit und auch Aufgabe staatlicher Behörden und Institutionen. Nicht zuletzt leben wir deshalb den „Polizeischutz für die Demokratie“, einer Veranstaltungs- und Fortbildungsreihe der Polizei Niedersachsen. Wir sind uns bewusst, dass wir eine wichtige Rolle in der Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung innehaben – und es in unserer Organisation auf jeden und jede einzelne(n) ankommt.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ist dabei für die Polizei als Teil der demokratischen Ordnung von entscheidender Bedeutung. Es ist das Rückgrat unserer Arbeit, das uns ermöglicht, effektiv gegen Kriminalität vorzugehen und gleichzeitig die Rechte und Freiheiten aller Menschen zu wahren. Ohne das Vertrauen der Gemeinschaft in unsere Arbeit würden unsere Bemühungen erheblich erschwert. Daher ist es unsere Verantwortung, dieses Vertrauen durch Transparenz, Rechenschaftspflicht und einen respektvollen Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern zu erhalten und kontinuierlich zu stärken.

Um zu prüfen, wie es um das Vertrauen in Demokratie und Staat bestellt ist und welche Zusammenhänge es zu anderen Aspekten der Inneren Sicherheit und der Polizeiarbeit gibt, haben wir uns entschlossen, entsprechende Fragen in die 2023 durchgeführte „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität“ aufzunehmen. Annähernd 16.000 Menschen gaben uns Auskunft. Allen, die sich an dieser Studie beteiligt haben, spreche ich meinen Dank aus. Sie haben mit ihren Antworten zu den nun vorliegenden Studienergebnissen beigetragen. Der daraus entstandene Diskurs trägt dazu bei, dem Versprechen der Demokratie weiterhin Vertrauen entgegenzubringen. Denn nur gemeinsam können wir die Grundlagen unserer Gesellschaft festigen und eine bessere Zukunft schaffen, in der alle sicher und geschützt sind. Alle, auch die Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen



Friedo de Vries

Präsident des Landeskriminalamtes Niedersachsen

Inhaltsverzeichnis

SCHLAGLICHTER	1
1 Relevanz und einschlägige Studien	2
2 Erhebung	4
2.1 Befragungsmethodik	4
2.2 Auswertung	4
3 Stichprobenbeschreibung.....	6
4 Ergebnisse.....	10
4.1 Vertrauen in Demokratie und politische Ansichten.....	10
4.2 Einfluss soziodemographischer Faktoren auf das Vertrauen in Demokratie und politische Ansichten	16
4.2.1 Alter	16
4.2.2 Geschlecht	19
4.2.3 Migrationshintergrund.....	22
4.2.4 Wohnortgröße	25
4.2.5 Bildung	28
4.2.6 Politische Einstellung.....	31
4.3 Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue	34
4.4 Diskursfähigkeit.....	36
4.5 Einstellung zu Aktionismus.....	38
4.6 Mediennutzungsverhalten.....	41
4.7 Absichtliche Falschmeldungen.....	47
5 Zusammenfassung.....	51
6 Literaturverzeichnis	54
7 Anhang.....	55

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Angaben zur Stichprobe und der niedersächsischen Bevölkerung ab 16 Jahren (Stand 31.12.2022)	7
Tabelle 2: Politische Einstellung insgesamt, nach Alter und Geschlecht (in Prozent)	9
Tabelle 3: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach Alter (Mittelwerte)	17
Tabelle 4: Zufriedenheit mit der Demokratie nach Alter (Mittelwerte)	17
Tabelle 5: Ansichten über Politik nach Alter (Mittelwerte)	18
Tabelle 6: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach Alter (Mittelwerte)	19
Tabelle 7: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach Geschlecht (Mittelwerte)	20
Tabelle 8: Zufriedenheit mit der Demokratie nach Geschlecht (Mittelwerte)	20
Tabelle 9: Ansichten über Politik nach Geschlecht (Mittelwerte)	21
Tabelle 10: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach Geschlecht (Mittelwerte)	22
Tabelle 11: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)	23
Tabelle 12: Zufriedenheit mit der Demokratie nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)	23
Tabelle 13: Ansichten über Politik nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)	24
Tabelle 14: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)	25
Tabelle 15: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach Wohnortgröße (Mittelwerte)	26
Tabelle 16: Zufriedenheit mit der Demokratie nach Wohnortgröße (Mittelwerte)	26
Tabelle 17: Ansichten über Politik nach Wohnortgröße (Mittelwerte)	27
Tabelle 18: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach Wohnortgröße (Mittelwerte)	28
Tabelle 19: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach schulischer Bildung (Mittelwerte)	29
Tabelle 20: Zufriedenheit mit der Demokratie nach schulischer Bildung (Mittelwerte)	29
Tabelle 21: Ansichten über Politik nach schulischer Bildung (Mittelwerte)	30
Tabelle 22: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach schulischer Bildung (Mittelwerte)	31
Tabelle 23: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach politischer Einstellung (Mittelwerte)	32
Tabelle 24: Zufriedenheit mit der Demokratie nach politischer Einstellung (Mittelwerte)	32
Tabelle 25: Ansichten über Politik nach politischer Einstellung (Mittelwerte)	33
Tabelle 26: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach politischer Einstellung (Mittelwerte)	34
Tabelle 27: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach Alter (Mittelwerte)	55
Tabelle 28: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach Geschlecht (Mittelwerte)	55
Tabelle 29: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)	55

Tabelle 30: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach Wohnortgröße (Mittelwerte)	56
Tabelle 31: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach schulischer Bildung (Mittelwerte).....	56
Tabelle 32: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach politischer Einstellung (Mittelwerte).....	56
Tabelle 33: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach Alter (Mittelwerte)	57
Tabelle 34: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach Geschlecht (Mittelwerte).....	57
Tabelle 35: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)	57
Tabelle 36: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach Wohnortgröße (Mittelwerte)	58
Tabelle 37: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach schulischer Bildung (Mittelwerte).....	58
Tabelle 38: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach politischer Einstellung (Mittelwerte).....	58
Tabelle 39: Einstellung zu Aktionismus nach Alter (Mittelwerte)	59
Tabelle 40: Einstellung zu Aktionismus nach Geschlecht (Mittelwerte)	59
Tabelle 41: Einstellung zu Aktionismus nach Migrationshintergrund (Mittelwerte).....	60
Tabelle 42: Einstellung zu Aktionismus nach Wohnortgröße (Mittelwerte)	60
Tabelle 43: Einstellung zu Aktionismus nach schulischer Bildung (Mittelwerte)	61
Tabelle 44: Einstellung zu Aktionismus nach politischer Einstellung (Mittelwerte)	61
Tabelle 45: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Alter (in Prozent).....	62
Tabelle 46: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Geschlecht (in Prozent)	63
Tabelle 47: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Migrationshintergrund (in Prozent)	64
Tabelle 48: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Wohnortgröße (in Prozent)	65
Tabelle 49: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach schulischer Bildung (in Prozent)	66
Tabelle 50: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach politischer Einstellung (in Prozent)	67
Tabelle 51: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Alter (Mittelwerte)	68
Tabelle 52: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Geschlecht (Mittelwerte)	69
Tabelle 53: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Migrationshintergrund (Mittelwerte).....	70
Tabelle 54: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Wohnortgröße (Mittelwerte)	71
Tabelle 55: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach schulischer Bildung (Mittelwerte)	72
Tabelle 56: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach politischer Einstellung (Mittelwerte)	73
Tabelle 57: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach Alter (in Prozent).....	73

Tabelle 58: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach Geschlecht (in Prozent)	74
Tabelle 59: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach Migrationshintergrund (in Prozent)	74
Tabelle 60: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach Wohnortgröße (in Prozent)	74
Tabelle 61: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach schulischer Bildung (in Prozent)	75
Tabelle 62: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach politischer Einstellung (in Prozent)	75

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bewertung des Vertrauens in Institutionen, Organisationen und Systeme	11
Abbildung 2: Bewertung der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland	12
Abbildung 3: Bewertung von Ansichten zur Politik	13
Abbildung 4: Bewertung von Herausforderungen für Deutschland	15
Abbildung 5: Bewertung des eigenen Pflichtbewusstseins / Gesetzestreue	35
Abbildung 6: Bewertung der eigenen Diskursfähigkeit und -bereitschaft	37
Abbildung 7: Bewertung der eigenen Einstellung zu Aktionismus	39
Abbildung 8: Eigene Nutzung von Medien für Informationen über das politische Tagesgeschehen	42
Abbildung 9: Bewertung der Glaubwürdigkeit von Medien für Informationen über das politische Tagesgeschehen	45
Abbildung 10: Bewertung der Bedrohung durch absichtliche Falschmeldungen (Fake News)	48
Abbildung 11: Eigene Wahrnehmung von absichtlichen Falschmeldungen (Fake News).....	49
Abbildung 12: Umgang mit absichtlichen Falschmeldungen (Fake News)	50

SCHLAGLICHTER

15.855 Menschen (39,6 % der Angeschriebenen) nahmen von Mai bis Juli 2023 an der Befragung teil.

Das Vertrauen in die Polizei ist über alle abgefragten Institutionen, Organisationen und Systeme hinweg am größten; neun von zehn Befragten haben (eher) hohes Vertrauen.

Die Mehrheit der Befragten (55,1 %) ist mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, eher bis sehr zufrieden.

Die Menschen vertrauen zum großen Teil darauf, dass Wahlen korrekt durchgeführt werden (89,8 %) und in Deutschland alle frei ihre Meinung äußern können (75,4 %).

Gleichwohl denkt die Mehrheit, dass die demokratischen Parteien alles zerreden und die Probleme nicht lösen (67,9 %) und die Demokratie eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen führt (54,7 %).

Die größte Herausforderung für Deutschland sehen die befragten Menschen zum Zeitpunkt der Befragung in der sozialen Spaltung (90,1 %). 79,3 % empfinden Kriminalität als (eher) problematisch.

Menschen mit Migrationshintergrund sind grundsätzlich zufriedener mit der aktuellen politischen Lage im Land.

Der Großteil der Befragten gibt an, sich an Gesetze zu halten und Anweisungen der Polizei zu folgen, auch wenn sie diese nicht nachvollziehen können.

Demonstrationen werden grundsätzlich als geeignete Form des Aktionismus angesehen, allerdings nicht, wenn Personen teilnehmen, deren Ansichten abgelehnt werden.

Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele wird von mehr als 95 % aller Befragten abgelehnt.

Klassische Medien, wie öffentlich-rechtliche Fernsehsender, das Radio und Tageszeitungen, werden häufiger als Informationsquellen für das politische Tagesgeschehen genutzt und als glaubwürdiger eingeschätzt als soziale Medien.

Die Befragten sehen absichtliche Falschmeldungen als Bedrohung für die Demokratie, schätzen jedoch die eigene Beeinflussbarkeit in dieser Hinsicht geringer ein als die anderer Menschen.

1 Relevanz und einschlägige Studien

In den letzten Jahren waren Deutschland und damit auch Niedersachsen auf verschiedenen Ebenen mit Herausforderungen konfrontiert, die die Stabilität der Gesellschaft sowie der demokratischen Institutionen auf die Probe gestellt haben. Seither wird breit diskutiert, inwieweit hieraus eine Zunahme von politischer Polarisierung, Extremismus und sozialen Ungleichheiten erfolgten und in der Konsequenz der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Vertrauen in staatliche Institutionen gelitten haben könnten.

Entsprechend haben sich Studien dem Thema gewidmet und politische Einstellungen, das Vertrauen in die Demokratie und staatliche Institutionen sowie die Verbreitung extremistischer und gewalttätiger Tendenzen empirisch untersucht. In der Regel fanden Befragungen der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 oder 18 Jahren statt. Methodisch kamen die klassische Pen-and-Paper-Methode oder Interviewerinnen und Interviewer zum Einsatz, es wurden aber insbesondere in der jüngeren Vergangenheit auch Online- oder computergestützte Telefon-Befragungen genutzt.

Einige Befragungen sind als Wiederholungsstudien angelegt. Hier ist beispielsweise die „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) zu nennen, die bereits seit 1980 im Zwei-Jahres-Turnus u.a. politische Ansichten abbildet (vgl. GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2024). Ebenfalls schon mehrfach durchgeführt wurden zwei thematisch noch einschlägigere Befragungsreihen: die „Leipziger Autoritarismus Studie“ und die „Mitte-Studien“. Erstere erlaubt es auf Basis einer repräsentativen Zufallsstichprobe u.a., das Ausmaß antidemokratischer Einstellungen, die Zufriedenheit mit der Demokratie, die Gewaltakzeptanz sowie Feindlichkeit gegenüber verschiedenen Gruppen abzubilden und im Zeitverlauf zu beobachten (vgl. Decker et al. 2022). Zweitgenannte Studie wird seit 2006 regelmäßig durchgeführt. Im Fokus der Studie stehen menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen sowie antidemokratische Tendenzen in Deutschland, wobei insbesondere die namensgebende Mitte der Bevölkerung in die Betrachtung genommen wird (vgl. Zick et al. 2023).

Insbesondere mit Blick auf die gesellschaftlich herausfordernden Zeiten der letzten Jahre haben sich in der Bundesrepublik weitere Studien hervor getan. Zu nennen sind hier etwa das auf Befragungen aus dem Jahr 2017, 2018 und 2020 basierende „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (vgl. Dragolov et al. 2013), auf dessen Basis diverse Analysen fußen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2019; Brand et al. 2020), sowie das Forschungsprojekt „Vertrauen in Demokratie“ (vgl. Decker et al. 2019).

Einige Befragungen widmen sich dem Thema aber auch auf Bundesland-Ebene. So ist zum einen „Der Berlin Monitor“ zu erwähnen, der, angelehnt an die vorgenannten Studien, Vergleichswerte für die Stadt Berlin liefert (vgl. Pickel et al. 2024). Ähnlich gelagert ist der repräsentative „Thüringen Monitor“, der ebenfalls Demokratie- und Institutionsvertrauen, rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen sowie die politische Teilhabe in den Fokus rückt (vgl. Thüringen-Monitor 2021).

Die Folgen der krisenreichen Zeit sowie das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen sind auch Themen, die europaweit bewegt werden. Im Mittelpunkt des seit 1979 durchgeführten „Eurobarometers“ steht beispielsweise u.a. die Sicht der Bevölkerung auf die Europäische Union und das Parlament (vgl. Europäisches Parlament 2024). Ferner beschäftigten sich Studien auf Basis der „Eupinions-Erhebungen“ mit den Elementen und dem Funktionieren der Demokratie in der EU und in den Mitgliedstaaten (vgl. Bertelsmann Stiftung 2021) sowie Desinformationen, also absichtlichen Falschmeldungen, als Herausforderung für die Demokratie (vgl. Unzicker 2023).

In Anlehnung an die aufgeführten Studien wurde auch das Sondermodul der hier vorliegenden Befragung konzipiert, welches die politischen Ansichten, das Vertrauen in und die Zufriedenheit mit der Demokratie und ihren Institutionen sowie die aktuellen politischen Herausforderungen in den Fokus nimmt. Die Studie ist so angelegt, dass sie für das Bundesland Niedersachsen repräsentativ ist.

2 Erhebung

2.1 Befragungsmethodik

Die „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität“ wird seit 2013 alle zwei Jahre durchgeführt, nur 2019 wurde, aufgrund der globalen Pandemie, eine Erhebung ausgesetzt. Die hier vorgestellten Ergebnisse basieren auf den Daten der fünften Befragung, die 2023 stattfand.

Die Stichprobe umfasst 40.000 Personen aus Einwohnermelderegistern, die ihren Hauptwohnsitz in Niedersachsen hatten und mindestens 16 Jahre alt waren. Die Stichprobe ist nach Alter, Geschlecht und auf Ebene der niedersächsischen Polizeidirektionen repräsentativ. Die für die Stichprobe ausgewählten Personen wurden gebeten, einen Fragebogen anonym auszufüllen.

Der Fragebogen erfasst diverse Themen periodisch. Hierzu gehören das Leben in Niedersachsen, die Kriminalitätsfurcht, Viktimisierungserfahrungen und das Anzeigeverhalten sowie die Wahrnehmung und Bewertung der Polizei(-arbeit). Darüber hinaus wird in jeder Befragungswelle ein zusätzliches Thema erhoben und in einem sogenannten Sondermodul fokussiert. In der vorliegenden Befragung wurden Vertrauen in Demokratie und weitere Aspekte wie Folgsamkeit / Gesetzestreue, Diskursfähigkeit, Aktionismus sowie Mediennutzung und Falschmeldungen als Sondermodul festgelegt. Bei der Erstellung des Fragebogens wurde teilweise auf Befragungsinstrumente bewährter Studien zurückgegriffen.

Die Befragten erhielten insgesamt drei Schreiben per Post: In einem ersten Schreiben wurde über die Auswahl in die Stichprobe aufgeklärt und der Fragebogen angekündigt, der mit einem zweiten Schreiben zugesandt wurde. Das dritte und letzte Schreiben war ein Erinnerungsschreiben, mit dem freundlich – falls noch nicht erfolgt – an eine Teilnahme erinnert wurde. Während der Erhebungsphase war eine Hotline geschaltet, unter der weitere Auskünfte zur Studie bereitgehalten wurden oder Fragen beantwortet werden konnten.

Eine ausführliche Beschreibung des methodischen Vorgehens und dem Ablauf der Befragung finden sich im „Bericht zu den Kernbefunden der Studie“ (vgl. Bosold et al. 2024).

2.2 Auswertung

Für die Datenauswertung wurde die Software IBM SPSS Statistics 25 genutzt. Zunächst erfolgte eine Bereinigung der Daten inklusive Plausibilitäts- und Ausreißerkontrollen. Die Daten wurden mit GewichtungsvARIABLEN so gewichtet, dass die Ergebnisse nach Alter, Geschlecht und bis auf Ebene der sechs niedersächsischen Polizeidirektionen repräsentativ sind.

Die Ergebnisdarstellung erfolgt vorrangig deskriptiv in Tabellen und Diagrammen. Berichtet werden zumeist gültige Prozent (nur in Ausnahmefällen wird hiervon abgewichen) und errechnete Mittelwerte für die jeweiligen Items. Ergebnisse auf Basis der Angaben von weniger als 20 Befragten werden in Tabellen mit grauer Farbe hinterlegt. Dies ist insbesondere dann möglich, wenn Ergebnisse für verschiedene Gruppen, beispielsweise Altersgruppen und/oder Geschlechter, ausgewiesen werden.

Anhand von Mittelwertvergleichen (T-Tests) und Varianzanalysen wurde geprüft, ob statistisch signifikante Unterschiede in den Mittelwerten der betrachteten Gruppen vorliegen. Bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 5 % wird dies angenommen. Statistische Signifikanz bedeutet, dass beobachtete Unterschiede systematisch in der Grundgesamtheit angelegt sind. Bei nicht vorliegender statistischer Signifikanz kann dagegen angenommen werden, dass die

Zusammenhänge mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zufällig entstanden sein können. Die Signifikanz (p) wird in den Tabellen mit Sternchen angegeben.

3 Stichprobenbeschreibung

Von den insgesamt 40.000 zufällig angeschriebenen Bürgerinnen und Bürgern, ab 16 Jahren und mit Hauptwohnsitz in Niedersachsen, nahmen 15.855 an der vorliegenden Befragung teil. Die Befragungswelle kann damit eine Rücklaufquote von 39,6 % vorweisen. Die Angaben wurden mit statistischen Verfahren gewichtet, sodass Anteile nach Alter und Geschlecht denen in der Grundgesamtheit Niedersachsen und in den sechs einzelnen niedersächsischen Polizeidirektionen entsprechen.

Tabelle 1: Angaben zur Stichprobe und der niedersächsischen Bevölkerung ab 16 Jahren (Stand 31.12.2022)

	Stichprobe			Niedersachsen ¹	
	Anzahl	Prozent (ungewichtet)	Prozent (gewichtet)	Anzahl	Prozent
Wohnbevölkerung ab 16 Jahren					
	15.855	100	100	6.903.280	100
Geschlecht					
Weiblich	8.288	52,8	50,9	3.529.121	51,1
Männlich	7.345	46,8	48,7	3.374.159	48,9
Divers / Ich kann / möchte mich nicht zuordnen.	68	0,4	0,4		
Fehlende Angaben	154				
Alter					
16 bis 20 Jahre	529	3,4	5,8	401.884	5,8
21 bis 29 Jahre	1.051	6,7	12,2	845.342	12,2
30 bis 39 Jahre	1.745	11,1	14,5	1.002.725	14,5
40 bis 49 Jahre	1.889	12,1	13,7	944.910	13,7
50 bis 59 Jahre	3.172	20,3	18,4	1.274.023	18,5
60 bis 69 Jahre	3.434	21,9	15,9	1.097.383	15,9
70 bis 79 Jahre	2.377	15,2	10,7	738.597	10,7
80 Jahre und älter	1.463	9,3	8,7	598.416	8,7
Fehlende Angaben	195				
Migrationshintergrund²					
Ja	2.125	13,7	14,5		
Nein	13.332	86,3	85,5		
Fehlende Angaben	398				
Wohnort in Polizeidirektion					
Braunschweig	1.857	11,8	14,1	976.387	14,1
Göttingen	2.561	16,3	15,5	1.066.979	15,5
Hannover	2.590	16,5	14,4	996.214	14,4
Lüneburg	1.921	12,2	15,9	1.098.490	15,9
Oldenburg	2.956	18,8	21,8	1.508.214	21,8
Osnabrück	3.858	24,5	18,3	1.256.996	18,2
Fehlende Angaben	112				

¹ Angaben zur Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Region vom Landesamt für Statistik Niedersachsen

² Eltern(-teil) nicht in Deutschland geboren und / oder selbst nicht in Deutschland geboren

Die meisten Befragten stammen aus den Einzugsgebieten der Polizeidirektionen Oldenburg (21,8 %) und Osnabrück (18,3 %), gefolgt von Lüneburg (15,9 %) und Göttingen (15,5 %). Am wenigsten Befragte geben an, im Gebiet der Polizeidirektionen Hannover (14,4 %) und Braunschweig (14,1 %) zu wohnen.

Das Alter der Befragten liegt zwischen 16 und 100 Jahren, mit einem durchschnittlichen Alter von 51 Jahren. Jeweils etwa ein Viertel der Befragten ist zwischen 16 und 34 Jahren (24,8 %) oder 65 Jahren oder älter (26,8 %). Damit stellen Menschen im mittleren Alter zwischen 35 und 64 Jahren mit einem Anteil von 48,4 % den größten Teil der Stichprobe.

50,9 % der Befragten sind Frauen und 48,7 % Männer. 68 Personen (0,4 %) haben hinsichtlich ihres Geschlechtes die Antwortmöglichkeiten „divers“ oder „Ich kann / möchte mich nicht zuordnen“ gewählt. Aufgrund der geringen Fallzahl wird diese Personengruppe nicht in die geschlechterspezifischen Betrachtungen innerhalb dieses Berichts einbezogen.

Die meisten Befragten (85,5 %) haben keinen Migrationshintergrund. Nur 14,5 % der Stichprobe weisen einen solchen auf. Dabei ist dieser bei 5,9 % darauf zurückzuführen, dass die Mutter und / oder der Vater außerhalb Deutschlands, sie selbst hingegen in Deutschland geboren wurden. 8,6 % sind selbst (ebenfalls) im Ausland geboren worden. Bei jungen Menschen ist ein Migrationshintergrund häufiger vorzufinden. Bei Befragten unter 35 Jahren liegt der Anteil bei 17,8 %, bei Personen zwischen 35 bis 64 Jahren bei 15,3 % und ab 65 Jahren im Vergleich dazu mit 9,9 % am geringsten. Bei Frauen und Männern ist der Migrationsanteil mit 14,5 % identisch.

Bei der Betrachtung der Wohnortgröße zeigt sich die ländliche Struktur des Landes Niedersachsen: Mit 46,9 % kommt beinahe jede/r Zweite aus einem Wohnort mit unter 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (EW). Ein Anteil von 34,7 % lebt in Orten mit einer Einwohnendenzahl von 20.000 bis unter 100.000 und lediglich 18,4 % der Angaben wurden durch Personen gemacht, die in Großstädten mit 100.000 oder mehr EW wohnen.

Die meisten Befragten geben als höchsten Schulabschluss einen Realschulabschluss (30,6 %) an, gefolgt vom Abitur (26,8 %), einem Hauptschulabschluss (19,6 %) und der Fachhochschulreife (14,7 %). Ein geringer Teil der Befragten hat ihren Schulabschluss in der ehemaligen DDR erworben – 1,0 % an einer polytechnischen Oberschule und 0,5 % an einer erweiterten Oberschule. 3,4 % geben an, einen anderen Schulabschluss zu haben. Da bereits Personen ab 16 Jahren teilnehmen konnten, verwundert es nicht, dass weitere 2,0 % noch Schülerinnen oder Schüler sind. 1,4 % haben gar keinen Schulabschluss.

Die politische Einstellung der niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger liegt im Durchschnitt in der politischen Mitte. Der größte Anteil der Befragungsteilnehmenden wählt – auf einer Skala von 0 „links“ bis 10 „rechts“ – eine 5 (48,7 %) und ordnet sich damit selbst politisch genau mittig ein. Die restliche Verteilung offenbart eine geringfügige Dominanz einer linken Einstellung gegenüber einer rechten. Während sich 3,9 % im rechten politischen Rand (Werte von 8-10 auf der Skala) verorten, sind es 8,4 % beim linken Rand (Werte 0-2 auf der Skala).

Tabelle 2: Politische Einstellung insgesamt, nach Alter und Geschlecht (in Prozent)

	Politische Einstellung		
	Linker Rand	Mitte	Rechter Rand
Gesamt			
	8,4	87,7	3,9
Alter			
16 bis 34 Jahre	12,1	85,6	2,3
35 bis 64 Jahre	7,8	88,0	4,2
65 Jahre und älter	6,0	89,1	4,8
Geschlecht			
Weiblich	9,7	87,2	3,1
Männlich	7,1	88,2	4,7

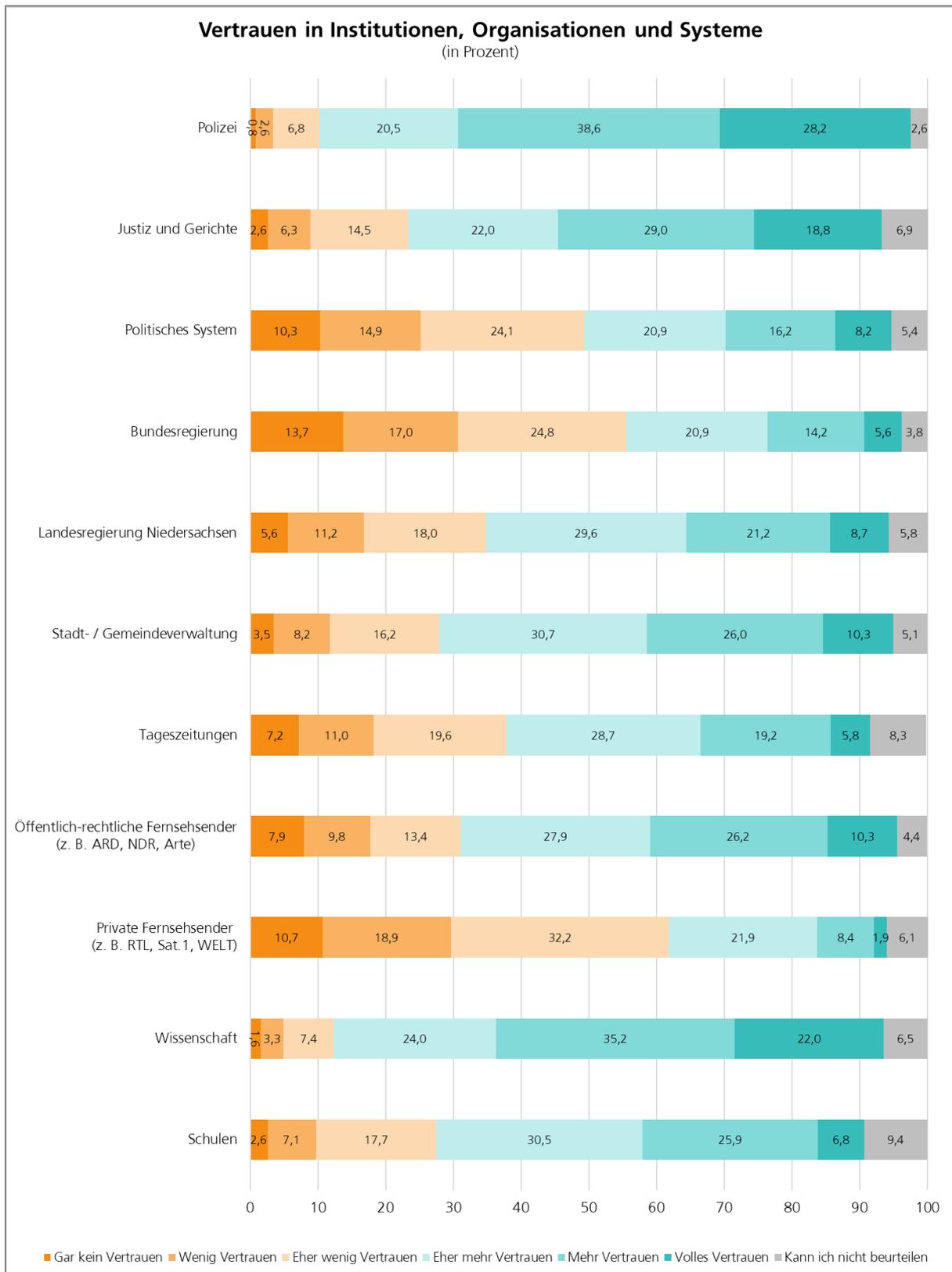
Es zeigt sich, dass eine linke Einstellung unter jungen Menschen häufiger anzutreffen ist. 12,1 % der Befragten bis 34 Jahre ordnen sich dem linken Rand zu, in den Altersgruppen zwischen 35 und 64 Jahren (7,8 %) und bei den Menschen ab 65 Jahren (6,0 %) sind es deutlich weniger. Dafür ist der Anteil derer, die sich im rechten politischen Rand verorten, unter Menschen im mittleren (35 bis 64 Jahre; 4,2 %) und höheren Alter (65 und älter; 4,8 %) im Vergleich zu den jüngsten Befragten (bis 34 Jahre; 2,3 %) größer. Ältere Menschen, ab einem Alter von 65 Jahren, fühlen sich außerdem häufiger der politischen Mitte zugehörig (89,1 %) als die beiden jüngeren Altersgruppen (88,0 % bei 35- bis 64-Jährigen und 85,6 % bei 16- bis 34-Jährigen). Hinsichtlich des Geschlechts zeichnet sich ab, dass Frauen sich häufiger als Männer dem politisch linken Rand zugehörig fühlen (9,7 % zu 7,1 %), für Männer gilt dies wiederum beim politisch rechten Rand (4,7 % zu 3,1 %).

4 Ergebnisse

4.1 Vertrauen in Demokratie und politische Ansichten

Um Einschätzungen zur Demokratie und weiteren politischen Ansichten zu erheben, sollten die Befragten entsprechende Aussagen bewerten. Zunächst sollte das eigene Vertrauen in verschiedene demokratische Institutionen, aber auch Organisationen und Systeme eingeschätzt werden. Abbildung 1 veranschaulicht die Verteilungen.

Abbildung 1: Bewertung des Vertrauens in Institutionen, Organisationen und Systeme



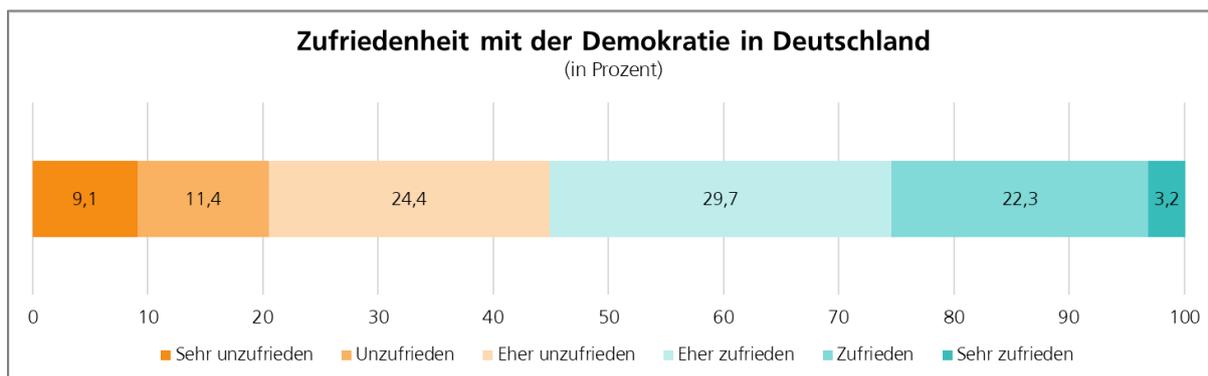
Wenn die Befragten ihr Vertrauen im Einzelnen nicht einschätzen konnten, hatten sie die Möglichkeit, „Kann ich nicht beurteilen“ als Antwort zu wählen. Zwischen 2,6 % und 9,4 % aller Befragten nutzten diese Möglichkeit. Am höchsten sind die Anteile derer, die keine Beurteilung abgeben konnten, bei Schulen (9,4 %), Tageszeitungen (8,3 %), Justiz und Gerichten (6,9 %) und der Wissenschaft (6,5 %). 6,1 % konnten zu privaten Fernsehsendern (z.B. RTL, Sat.1, WELT)

nichts aussagen, 5,8 % zur Landesregierung in Niedersachsen, 5,4 % zum politischen System und 5,1 % zur Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung. Am häufigsten konnten die Befragten ihr Vertrauen in öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z.B. ARD, NDR, Arte) und die Bundesregierung einschätzen. Nur 4,4 % und 3,8 % wählten hier die Antwort „Kann ich nicht beurteilen“.

Über alle aufgeführten Institutionen, Organisationen und Systeme hinweg ist das Vertrauen in die Polizei am größten. 87,3 % aller Befragten geben (eher) hohes Vertrauen an. Nur etwa jede/r Zehnte (10,1 %) hat in Bezug auf die Polizei ein (eher) geringes Vertrauen. Auch der Wissenschaft vertraut insgesamt ein hoher Anteil der niedersächsischen Bevölkerung. 81,2 % aller Befragten haben (eher) hohes Vertrauen in die Wissenschaft. Geringer ist dagegen das Vertrauen in Justiz und Gerichte (69,8 %), die Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung (66,9 %), öffentlich-rechtliche Fernsehsender (64,5 %) und Schulen (63,2 %). 59,4 % der niedersächsischen Befragten hat (eher) hohes Vertrauen in die eigene Landesregierung und 53,8 % in Tageszeitungen. Am wenigsten Vertrauen schenken die Menschen im Vergleich dem politischen System (45,3 %), der Bundesregierung (40,7 %) und privaten Fernsehsendern (32,1 %). In Bezug auf diese drei Institutionen überwiegt der Anteil derer, die (eher) kein Vertrauen haben.

Die aktuelle Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland wurde mittels einer weiteren Frage erhoben. Abbildung 2 gibt die Angaben der Befragten dazu anteilig wieder.

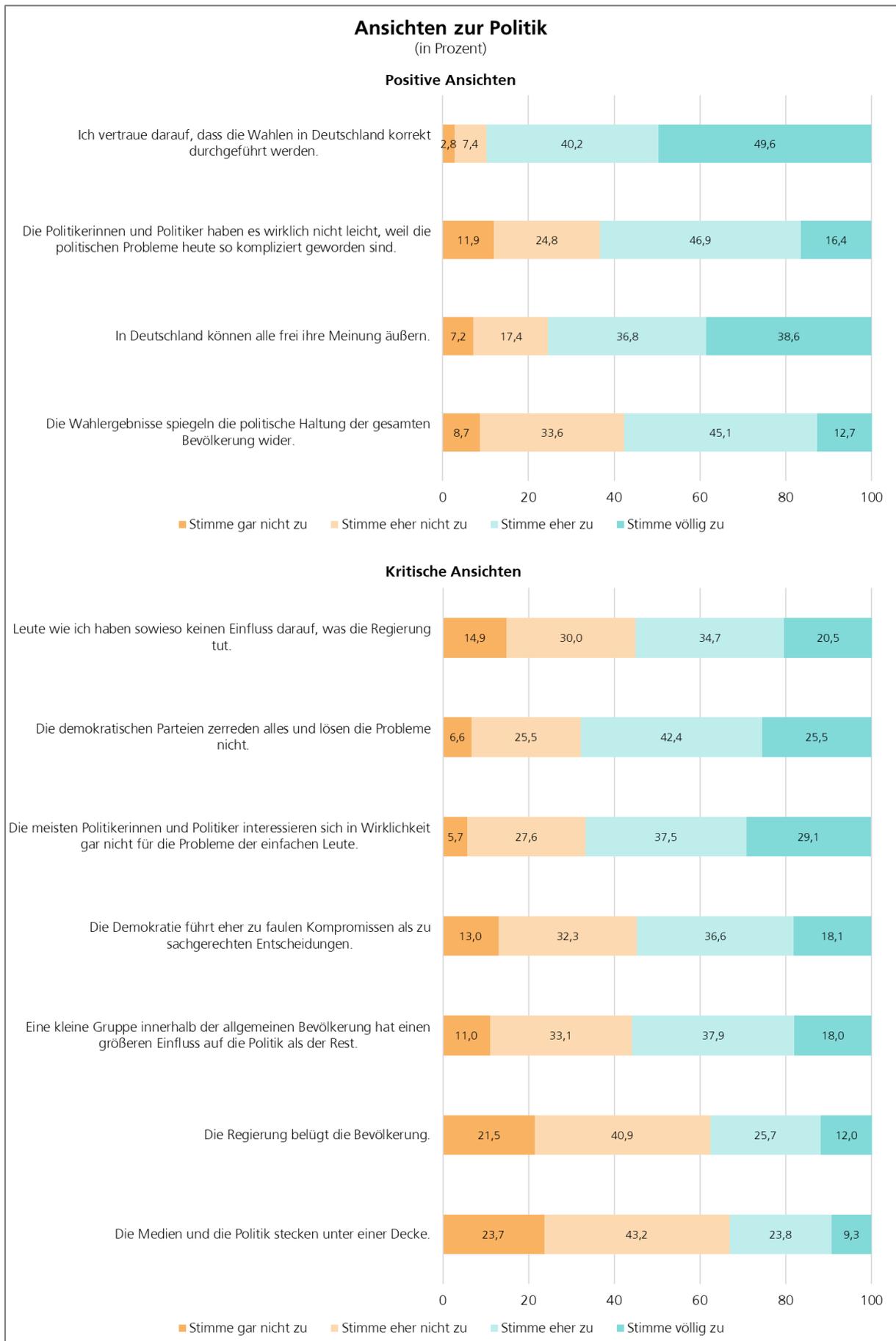
Abbildung 2: Bewertung der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland



Eine knappe Mehrheit der Befragten ist mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland aktuell funktioniert, eher bis sehr zufrieden. Auf 55,1 % der Befragten trifft dies zu, wobei 29,7 % eher zufrieden, 22,3 % zufrieden und nur 3,2 % sehr zufrieden sind. Etwa ein Viertel der Befragten (24,4 %) ist jedoch eher unzufrieden und etwa jede/r zehnte Befragte eher unzufrieden (11,4 %) oder sogar sehr unzufrieden (9,1 %).

Um die politischen Ansichten in der niedersächsischen Bevölkerung genauer betrachten zu können, sollten die Befragten diesbezüglich verschiedene Aussagen bewerten. So wurden einige positive, jedoch auch einige kritische Ansichten vorgelegt. Die Zustimmung zu diesen Aussagen ist in Abbildung 3 veranschaulicht.

Abbildung 3: Bewertung von Ansichten zur Politik

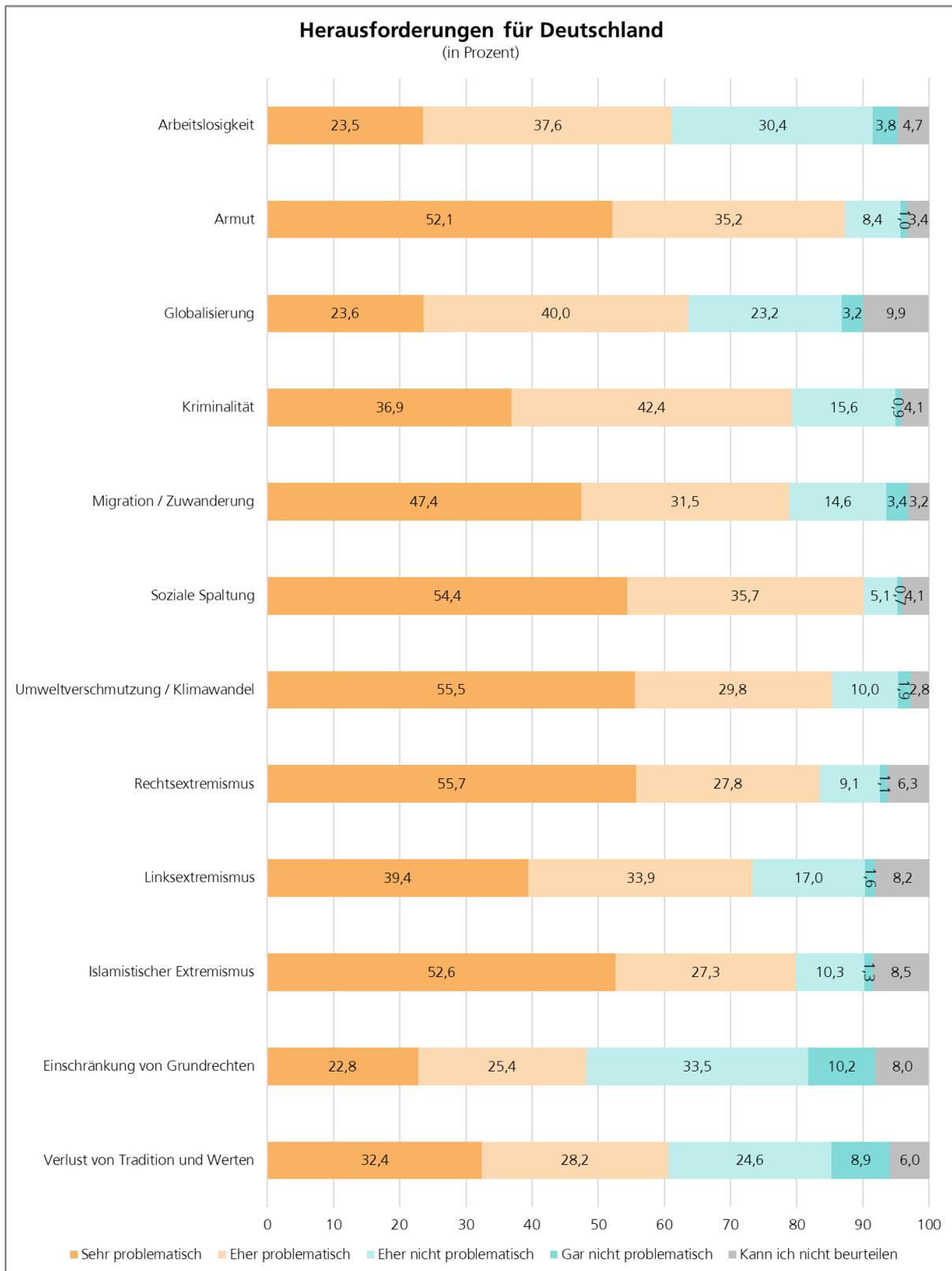


Bezogen auf die positiv formulierten Ansichten zur Politik stimmen die meisten Befragten (eher) zu. Beispielsweise vertrauen 89,8 % aller Befragten darauf, dass die Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden. Etwa jede/r Zehnte stimmt dieser Aussage demnach nicht zu. Mit 75,4 % fällt die Zustimmung dazu, dass in Deutschland alle frei ihre Meinung äußern können; etwas geringer aus. Mit 63,3 % stimmen im Vergleich weniger Befragten (eher) zu, dass Politikerinnen und Politiker es wirklich nicht leicht haben, weil die politischen Probleme heute so kompliziert geworden sind. Am geringsten vertreten ist die Ansicht, dass die Wahlergebnisse die politische Haltung der gesamten Bevölkerung widerspiegeln. 57,7 % der Befragten stimmen hier (eher) zu, womit 42,3 % daran nicht glauben.

Die Betrachtung der kritischen Ansichten zeigt, dass hier die größte Zustimmung bei der Aussage zu finden ist, dass die demokratischen Parteien alles zerreden und die Probleme nicht lösen. Mit 67,9 % glauben dies mehr als zwei von drei Befragten (eher). Ebenfalls zwei Drittel aller Befragten (66,6 %) geben an, dass die meisten Politikerinnen und Politiker sich in Wirklichkeit (eher) gar nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren. Etwas weniger Befragte, aber dennoch mehr als die Hälfte, stimmen jeweils (eher) den Aussagen zu, dass eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung einen größeren Einfluss auf die Politik hat als der Rest (55,9 %), dass die Demokratie eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen führt (54,7 %) und dass Leute wie sie sowieso keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut (55,2 %). Mehr als jede/r Zweite vertraut demnach in diesen Aspekten nicht vollständig auf das Funktionieren der Demokratie als politisches System. Am geringsten ist die Zustimmung zu den aufgeführten kritischen Ansichten, dass die Regierung die Bevölkerung belügt (37,3 %) und die Medien und die Politik unter einer Decke stecken (33,1 %). Auch wenn zwei Drittel der Befragten diese Ansichten nicht vertreten, gibt demnach immer noch jeweils jede/r Dritte hierzu ihre/seine Zustimmung.

Zusätzlich zu den erfassten politischen Ansichten wurden die Befragten in einer weiteren Frage darum gebeten, anzugeben, für wie problematisch sie aktuell verschiedene aufgeführte Herausforderungen für die Gesellschaft in Deutschland halten. Die Angaben sind in Abbildung 4 dargestellt.

Abbildung 4: Bewertung von Herausforderungen für Deutschland



Auch hier hatten die Befragten die Möglichkeit, als Antwort „Kann ich nicht beurteilen“ zu wählen, falls sie bei einzelnen Herausforderungen keine Einschätzung vornehmen konnten oder wollten. Je nach Herausforderung liegen die Anteile hierfür zwischen 2,8 % und 9,9 %. Am wenigsten beurteilen konnten die Befragten dabei die Problematik der Globalisierung (9,9 %), des islamistischen Extremismus (8,5 %), des Linksextremismus (8,2 %) und der Einschränkung von

Grundrechten (8,0 %). 6,3 % der Befragten konnten den Rechtsextremismus als Herausforderung nicht einschätzen und 6,0 % nicht den Verlust von Tradition und Werten. Bei den weiteren Herausforderungen ist der Anteil der Befragten, die „Kann ich nicht beurteilen“ angegeben haben, geringer.

Die größte Problematik besteht für die befragten Niedersächsinnen und Niedersachsen in der sozialen Spaltung. Neun von zehn Befragten (90,1 %) sehen darin aktuell (eher) eine Herausforderung. Aber auch Armut (87,3 %), Umweltverschmutzung bzw. Klimawandel (85,3 %) und Rechtsextremismus (83,5 %) empfinden die Befragten sehr häufig als (eher) problematisch für die Gesellschaft. Ebenfalls bedeutend, jedoch im Vergleich als weniger herausfordernd betrachtet, werden islamistischer Extremismus (79,9 %), Kriminalität (79,3 %), Migration bzw. Zuwanderung (78,9 %) und Linksextremismus (73,2 %). Als vergleichsweise weniger drängendes Problem werden Globalisierung (63,6 %), Arbeitslosigkeit (61,0 %) und Verlust von Tradition und Werten (60,5 %) gesehen, auch wenn hier dennoch mehr als jede/r Zweite (eher) eine Problematik erkennt. Die Einschränkung von Grundrechten empfinden die Befragten aktuell am wenigstens als Herausforderung. Mit 48,2 % gibt hier nur weniger als jede/r Zweite an, dass dies (eher) problematisch ist.

4.2 Einfluss soziodemographischer Faktoren auf das Vertrauen in Demokratie und politische Ansichten

Wie alle Überzeugungen und Einstellungen können auch die politischen Ansichten und das Vertrauen in Demokratie durch subjektive Erfahrungen und Lebensumstände geprägt sein. Die folgenden Abschnitte legen dar, welchen Einfluss die Soziodemographie der Befragten hat. Hierbei werden für die einzelnen Items bzw. Fragen errechnete Mittelwerte herangezogen.

4.2.1 Alter

Das Alter der Befragten wurde für die Prüfung soziodemographischer Zusammenhänge in drei Gruppen eingeteilt. Die 16- bis 34-Jährigen bilden die jüngste Altersgruppe, 35- bis 64-Jährige wurden zur mittleren und Personen ab 65 Jahren zur ältesten Gruppe zusammengefasst.

Tabelle 3: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach Alter (Mittelwerte)

Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme				
	Mittelwert gesamt	Alter (in Jahren)		
		16 bis 34	35 bis 64	ab 65
Polizei***	4,83	4,60	4,84	5,04
Justiz und Gerichte***	4,34	4,37	4,30	4,39
Politisches System***	3,45	3,32	3,39	3,71
Bundesregierung***	3,22	3,11	3,13	3,52
Landesregierung Niedersachsen***	3,80	3,71	3,68	4,13
Stadt- / Gemeindeverwaltung***	4,04	4,06	3,95	4,18
Tageszeitungen***	3,64	3,51	3,58	3,90
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	3,90	3,86	3,83	4,06
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)***	3,04	2,87	3,06	3,19
Wissenschaft***	4,65	4,90	4,58	4,52
Schulen	4,00	3,98	3,99	4,04

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Hinsichtlich des Vertrauens in Institutionen, Organisationen und Systeme zeigen sich einige statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Die jüngsten Befragten unter 35 Jahren haben im Durchschnitt mehr Vertrauen in die Wissenschaft als die beiden anderen Altersgruppen. Gemeinsam mit den ältesten Befragten ab einem Alter von 65 Jahren haben sie außerdem im Vergleich zu Personen mittleren Alters ein höheres Vertrauen in Justiz und Gerichte. Für die meisten anderen Institutionen und Organisationen gilt hingegen ein gegenteiliger Zusammenhang. So haben die ältesten Befragten ab 65 Jahren mehr Vertrauen in die Polizei, das politische System, die Bundes- sowie die Landesregierung Niedersachsens, die Stadt- und Gemeindeverwaltung, Tageszeitungen und sowohl in öffentlich-rechtliche als auch in private Fernsehsender.

Tabelle 4: Zufriedenheit mit der Demokratie nach Alter (Mittelwerte)

Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?				
	Mittelwert gesamt	Alter (in Jahren)		
		16 bis 34	35 bis 64	ab 65
Zufriedenheit***	3,54	3,57	3,44	3,69

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Nicht nur das Vertrauen in die vorgestellten Institutionen ist bei Menschen ab 65 Jahren am höchsten, sie sind auch am zufriedensten mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland aktuell funktioniert, gefolgt von den 16- bis 34-Jährigen. Befragte im mittleren Alter sind mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie vergleichsweise unzufriedener.

Tabelle 5: Ansichten über Politik nach Alter (Mittelwerte)

Wie denken Sie über die Politik in Deutschland im Allgemeinen?				
	Mittelwert gesamt	Alter (in Jahren)		
		16 bis 34	35 bis 64	ab 65
Positive Ansichten				
Ich vertraue darauf, dass die Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden.***	3,37	3,33	3,34	3,44
Die Politikerinnen und Politiker haben es wirklich nicht leicht, weil die politischen Probleme heute so kompliziert geworden sind.***	2,68	2,56	2,61	2,91
In Deutschland können alle frei ihre Meinung äußern.***	3,07	3,00	3,01	3,24
Die Wahlergebnisse spiegeln die politische Haltung der gesamten Bevölkerung wider.***	2,62	2,57	2,56	2,77
Kritische Ansichten				
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.***	2,61	2,56	2,58	2,70
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.***	2,87	2,89	2,90	2,79
Die meisten Politikerinnen und Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.***	2,90	2,90	2,93	2,85
Die Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen.**	2,60	2,60	2,62	2,56
Eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung hat einen größeren Einfluss auf die Politik als der Rest.***	2,63	2,56	2,61	2,73
Die Regierung belügt die Bevölkerung.***	2,28	2,25	2,33	2,21
Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.***	2,19	2,20	2,20	2,14

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Das positive Bild der ältesten Befragten setzt sich auch bei den politischen Ansichten fort. Befragte ab einem Alter von 65 Jahren geben eher als die anderen Altersgruppen an, darauf zu vertrauen, dass Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden, die Wahlergebnisse die politische Haltung der gesamten Bevölkerung widerspiegeln und in Deutschland alle frei ihre Meinung äußern können. Sie zeigen außerdem mehr Mitgefühl für Politikerinnen und Politiker, indem sie häufiger angeben, dass diese es wirklich nicht leicht haben, weil die politischen Probleme heute so kompliziert geworden sind. Ab einem Alter von 65 Jahren zeigen die Befragten im Vergleich jedoch auch vermehrt Zweifel an der eigenen Teilhabemöglichkeit am demokratischen System. So meinen sie eher als andere Altersgruppen, dass Leute wie sie sowieso keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut, und dass eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung einen größeren Einfluss auf die Politik hat als der Rest. Die beiden jüngeren Altersgruppen sind vergleichsweise kritischer. Sie vertreten eher die Ansicht, dass die demokratischen Parteien alles zerreden und die Probleme nicht lösen, die meisten Politikerinnen und Politiker sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren und die Medien und die Politik unter einer Decke stecken. Die negativsten Ansichten scheinen dabei Menschen im mittleren Alter zu vertreten. Sie äußern zusätzlich dazu, im Vergleich zu den beiden weiteren Altersgruppen, am ehesten Kritik am demokratischen System, indem sie angeben, dass

die Demokratie eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen führt und die Regierung die Bevölkerung belügt.

Tabelle 6: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach Alter (Mittelwerte)

Für wie problematisch halten Sie aktuell die folgenden Herausforderungen für die Gesellschaft in Deutschland?				
	Mittelwert gesamt	Alter (in Jahren)		
		16 bis 34	35 bis 64	ab 65
Arbeitslosigkeit***	2,85	2,87	2,80	2,92
Armut***	3,43	3,34	3,48	3,42
Globalisierung***	2,93	2,66	3,00	3,10
Kriminalität***	3,20	3,02	3,25	3,30
Migration / Zuwanderung***	3,27	2,96	3,36	3,40
Soziale Spaltung***	3,50	3,43	3,56	3,45
Umweltverschmutzung / Klimawandel***	3,43	3,36	3,40	3,56
Rechtsextremismus***	3,47	3,31	3,46	3,66
Linksextremismus***	3,21	2,98	3,20	3,43
Islamistischer Extremismus***	3,43	3,10	3,47	3,68
Einschränkung von Grundrechten***	2,66	2,52	2,66	2,81
Verlust von Tradition und Werten***	2,89	2,53	2,95	3,15

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Trotz des hohen Vertrauens in Politik und der Zufriedenheit mit dem System sehen ältere Menschen häufiger problematische Herausforderungen für die Gesellschaft. Sie bewerten Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Kriminalität und die Umweltverschmutzung bzw. den Klimawandel als problematischer als Jüngere. Gleiches gilt ebenfalls für den Extremismus, sowohl von Links und Rechts sowie islamistischen Extremismus. Auch in Bezug auf die Einschränkung von Grundrechten und den Verlust von Tradition und Werten sehen die ältesten Befragten im Vergleich die größte Problematik. Gemeinsam mit den Jüngsten geben sie außerdem für Migration bzw. Zuwanderung eine höhere Problematik an. Die Gruppe der Personen im mittleren Alter sieht eher als die anderen beiden Altersgruppen in der Armut und der sozialen Spaltung große Herausforderungen.

4.2.2 Geschlecht

Die Unterschiede hinsichtlich des Geschlechts wurden ausschließlich für Frauen und Männer geprüft. Menschen, die divers sind oder sich keinem Geschlecht zuordnen wollen oder können, wurden aufgrund ihrer geringen Gruppengröße nicht in die Betrachtung einbezogen.

Tabelle 7: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach Geschlecht (Mittelwerte)

Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme			
		Geschlecht	
	Mittelwert gesamt	Weiblich	Männlich
Polizei	4,83	4,84	4,82
Justiz und Gerichte	4,34	4,32	4,37
Politisches System***	3,45	3,38	3,52
Bundesregierung	3,23	3,25	3,21
Landesregierung Niedersachsen	3,81	3,79	3,82
Stadt- / Gemeindeverwaltung	4,04	4,02	4,05
Tageszeitungen*	3,65	3,62	3,67
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)	3,90	3,92	3,88
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)	3,04	3,03	3,06
Wissenschaft***	4,65	4,55	4,74
Schulen***	4,00	3,94	4,06

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Im Hinblick auf das Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme sind zwischen beiden Geschlechtern weitgehend keine statistisch signifikanten Unterschiede erkennbar, lediglich in Bezug auf vier Institutionen ist dies anders. Männer haben signifikant mehr Vertrauen in das politische System, Tageszeitungen, die Wissenschaft und Schulen als Frauen.

Tabelle 8: Zufriedenheit mit der Demokratie nach Geschlecht (Mittelwerte)

Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?			
		Geschlecht	
	Mittelwert gesamt	Weiblich	Männlich
Zufriedenheit***	3,54	3,50	3,59

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

In Bezug auf die Zufriedenheit damit, wie die Demokratie in Deutschland aktuell funktioniert, zeigt sich ein statistisch signifikanter Zusammenhang. Männer sind mit der Art und Weise der Demokratie zufriedener als Frauen.

Tabelle 9: Ansichten über Politik nach Geschlecht (Mittelwerte)

Wie denken Sie über die Politik in Deutschland im Allgemeinen?			
	Mittelwert gesamt	Geschlecht	
		Weiblich	Männlich
Positive Ansichten			
Ich vertraue darauf, dass die Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden.***	3,37	3,32	3,42
Die Politikerinnen und Politiker haben es wirklich nicht leicht, weil die politischen Probleme heute so kompliziert geworden sind.***	2,68	2,71	2,65
In Deutschland können alle frei ihre Meinung äußern.***	3,07	3,01	3,13
Die Wahlergebnisse spiegeln die politische Haltung der gesamten Bevölkerung wider.***	2,62	2,59	2,64
Kritische Ansichten			
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.***	2,61	2,66	2,55
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.	2,87	2,87	2,87
Die meisten Politikerinnen und Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.	2,90	2,90	2,90
Die Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen.	2,60	2,60	2,60
Eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung hat einen größeren Einfluss auf die Politik als der Rest.***	2,63	2,55	2,71
Die Regierung belügt die Bevölkerung.	2,28	2,28	2,28
Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.*	2,19	2,20	2,17

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Die höhere Zufriedenheit von Männern mit der Demokratie spiegelt sich auch in den Zustimmungsraten zu den vorgelegten Ansichten zu Demokratie und Politik wider: Männer vertrauen eher auf die korrekte Durchführung von Wahlen in Deutschland, darauf, dass alle in Deutschland frei ihre Meinung äußern können und die Wahlergebnisse die politische Haltung der gesamten Bevölkerung wiedergeben. Sie sind aber auch eher der Ansicht, dass eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung einen größeren Einfluss auf die Politik hat als der Rest. Frauen haben zwar mehr Verständnis für Politikerinnen und Politiker, weil diese es aufgrund der Komplexität der politischen Probleme wirklich nicht leicht haben, sie vertreten aber auch häufiger kritische Ansichten. Sie geben eher als Männer an, dass Leute wie sie sowieso keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut, sowie dass Medien und Politik unter einer Decke stecken.

Tabelle 10: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach Geschlecht (Mittelwerte)

Für wie problematisch halten Sie aktuell die folgenden Herausforderungen für die Gesellschaft in Deutschland?			
	Mittelwert gesamt	Geschlecht	
		Weiblich	Männlich
Arbeitslosigkeit***	2,85	2,96	2,73
Armut***	3,43	3,49	3,37
Globalisierung***	2,93	2,99	2,88
Kriminalität***	3,20	3,27	3,13
Migration / Zuwanderung***	3,27	3,30	3,24
Soziale Spaltung***	3,50	3,53	3,48
Umweltverschmutzung / Klimawandel***	3,43	3,52	3,33
Rechtsextremismus***	3,47	3,57	3,37
Linksextremismus***	3,21	3,25	3,16
Islamistischer Extremismus***	3,43	3,48	3,39
Einschränkung von Grundrechten***	2,66	2,71	2,61
Verlust von Tradition und Werten	2,90	2,90	2,89

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Frauen bewerten die vorgelegten Herausforderungen im Hinblick auf die innewohnende Problematik kritischer als Männer. Eine Ausnahme bildet der Verlust von Tradition und Werte, hier kann kein signifikanter Unterschied zwischen den Geschlechtern festgestellt werden.

4.2.3 Migrationshintergrund

Der Migrationshintergrund der Befragten wurde erhoben, indem die Befragten angegeben haben, dass sie selbst und / oder mindestens ein Elternteil außerhalb Deutschlands geboren wurden.

Tabelle 11: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)

Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme			
		Migrationshintergrund	
	Mittelwert gesamt	Ja	Nein
Polizei***	4,83	4,75	4,84
Justiz und Gerichte	4,35	4,39	4,34
Politisches System	3,45	3,42	3,46
Bundesregierung**	3,22	3,32	3,21
Landesregierung Niedersachsen	3,80	3,84	3,80
Stadt- / Gemeindeverwaltung*	4,04	4,09	4,03
Tageszeitungen***	3,65	3,54	3,66
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	3,90	3,57	3,95
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)**	3,04	2,95	3,06
Wissenschaft*	4,65	4,59	4,66
Schulen	4,00	4,04	3,99

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Menschen, die einen solchen Migrationshintergrund haben, geben in Bezug auf die abgefragten Institutionen höheres Vertrauen in die Bundesregierung und die Stadt- und Gemeindeverwaltung an als Befragte ohne Migrationshintergrund. Diese vertrauen hingegen häufiger auf die Polizei, Tageszeitungen, öffentlich-rechtliche und private Fernsehsender und Wissenschaft als Befragte mit einem Migrationshintergrund.

Tabelle 12: Zufriedenheit mit der Demokratie nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)

Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?			
		Migrationshintergrund	
	Mittelwert gesamt	Ja	Nein
Zufriedenheit***	3,54	3,68	3,52

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Insgesamt sind Menschen mit Migrationshintergrund zufriedener mit der aktuellen politischen Lage im Land. Sie geben eine deutlich größere Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, an als Befragte ohne Migrationshintergrund.

Tabelle 13: Ansichten über Politik nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)

Wie denken Sie über die Politik in Deutschland im Allgemeinen?			
		Migrationshintergrund	
	Mittelwert gesamt	Ja	Nein
Positive Ansichten			
Ich vertraue darauf, dass die Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden.***	3,37	3,28	3,38
Die Politikerinnen und Politiker haben es wirklich nicht leicht, weil die politischen Probleme heute so kompliziert geworden sind.	2,68	2,69	2,68
In Deutschland können alle frei ihre Meinung äußern.**	3,07	3,01	3,08
Die Wahlergebnisse spiegeln die politische Haltung der gesamten Bevölkerung wider.**	2,62	2,66	2,61
Kritische Ansichten			
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.***	2,61	2,73	2,59
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.*	2,87	2,82	2,88
Die meisten Politikerinnen und Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.	2,90	2,86	2,91
Die Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen.	2,60	2,57	2,60
Eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung hat einen größeren Einfluss auf die Politik als der Rest.**	2,63	2,58	2,64
Die Regierung belügt die Bevölkerung.**	2,28	2,34	2,27
Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.***	2,18	2,39	2,15

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

In den abgefragten politischen Ansichten zeigt sich die höhere Zufriedenheit von Menschen mit Migrationshintergrund nicht so offenkundig. Sie geben zwar häufiger an, dass sich die politische Haltung der gesamten Bevölkerung in den Wahlergebnissen widerspiegelt, doch sie vertreten auch häufiger verschiedene kritische Ansichten. Sie meinen eher, dass Leute wie sie ohnehin keinen Einfluss auf die Regierung haben, dass die Regierung die Bevölkerung belügt sowie dass Medien und Politik unter einer Decke stecken. Befragte ohne Migrationshintergrund sind im Vergleich eher der Ansicht, dass Parteien alles zerreden und die Probleme nicht lösen und eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung einen größeren Einfluss auf die Politik hat als der Rest. Sie glauben jedoch im Vergleich zu Menschen mit einem Migrationshintergrund eher daran, dass Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden und in Deutschland alle frei ihre Meinung äußern können.

Tabelle 14: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)

Für wie problematisch halten Sie aktuell die folgenden Herausforderungen für die Gesellschaft in Deutschland?			
	Mittelwert gesamt	Migrationshintergrund	
		Ja	Nein
Arbeitslosigkeit**	2,84	2,90	2,84
Armut***	3,43	3,35	3,44
Globalisierung**	2,93	2,87	2,94
Kriminalität**	3,20	3,16	3,21
Migration / Zuwanderung***	3,27	3,13	3,29
Soziale Spaltung***	3,50	3,40	3,52
Umweltverschmutzung / Klimawandel***	3,43	3,25	3,46
Rechtsextremismus***	3,47	3,36	3,49
Linksextremismus***	3,21	3,11	3,22
Islamistischer Extremismus***	3,43	3,27	3,46
Einschränkung von Grundrechten**	2,66	2,72	2,65
Verlust von Tradition und Werten	2,89	2,86	2,90

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Passend zur geringeren Zufriedenheit von Menschen ohne Migrationshintergrund mit der Demokratie, wird deutlich, dass sie auch mehr Herausforderungen für die Gesellschaft in Deutschland sehen. Sie geben im Vergleich häufiger an, dass Armut, Globalisierung, Migration bzw. Zuwanderung, soziale Spaltung, Umweltverschmutzung bzw. Klimawandel, Rechts-, Links- und islamistischer Extremismus aktuell eher oder sehr problematisch sind. Menschen mit Migrationshintergrund sehen hingegen größere Herausforderungen in der Arbeitslosigkeit und Einschränkung von Grundrechten.

4.2.4 Wohnortgröße

Um den Einfluss der Wohnortgröße messen zu können, wurden zwei Gruppen gebildet: Die erste Gruppe beinhaltet Befragte aus Wohnorten mit weniger als 100.000 EW und die zweite Gruppe besteht aus Befragten aus Großstädten mit 100.000 EW oder mehr.

Tabelle 15: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach Wohnortgröße (Mittelwerte)

Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme			
	Mittelwert gesamt	Wohnortgröße	
		Unter 100.000 EW	Ab 100.000 EW
Polizei***	4,85	4,86	4,78
Justiz und Gerichte***	4,36	4,34	4,46
Politisches System***	3,47	3,43	3,64
Bundesregierung***	3,24	3,19	3,46
Landesregierung Niedersachsen***	3,82	3,80	3,94
Stadt- / Gemeindeverwaltung*	4,05	4,06	4,01
Tageszeitungen	3,67	3,66	3,72
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	3,93	3,90	4,08
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)***	3,05	3,07	2,96
Wissenschaft***	4,68	4,62	4,92
Schulen***	4,02	4,00	4,11

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Bezüglich der staatlichen Institutionen, Organisationen und Systeme vertrauen Menschen aus Wohnorten mit unter 100.000 EW stärker der Polizei und der Stadt- und Gemeindeverwaltung als Menschen aus Großstädten mit 100.000 EW oder mehr. Diese haben wiederum im Vergleich eher ein hohes Vertrauen in Justiz und Gerichte, das politische System, die Bundesregierung und Landesregierung Niedersachsens. In Bezug auf Medien zeigt sich, dass Menschen aus Wohnorten unter 100.000 EW mehr auf private Fernsehsender vertrauen als Befragte aus Großstädten. Diese wiederum haben größeres Vertrauen in öffentlich-rechtliche Fernsehsender und Tageszeitungen. Sie vertrauen außerdem mehr auf die Wissenschaft und Schulen als Menschen aus kleineren Wohnorten.

Tabelle 16: Zufriedenheit mit der Demokratie nach Wohnortgröße (Mittelwerte)

Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?			
	Mittelwert gesamt	Wohnortgröße	
		Unter 100.000 EW	Ab 100.000 EW
Zufriedenheit***	3,56	3,53	3,70

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, sind Menschen aus Großstädten im Vergleich deutlich zufriedener.

Tabelle 17: Ansichten über Politik nach Wohnortgröße (Mittelwerte)

Wie denken Sie über die Politik in Deutschland im Allgemeinen?			
	Mittelwert gesamt	Wohnortgröße	
		Unter 100.000 EW	Ab 100.000 EW
Positive Ansichten			
Ich vertraue darauf, dass die Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden.***	3,39	3,37	3,49
Die Politikerinnen und Politiker haben es wirklich nicht leicht, weil die politischen Probleme heute so kompliziert geworden sind.**	2,69	2,68	2,73
In Deutschland können alle frei ihre Meinung äußern.***	3,09	3,07	3,16
Die Wahlergebnisse spiegeln die politische Haltung der gesamten Bevölkerung wider.***	2,62	2,61	2,67
Kritische Ansichten			
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.***	2,59	2,61	2,48
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.***	2,86	2,89	2,73
Die meisten Politikerinnen und Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.***	2,89	2,92	2,75
Die Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen.***	2,59	2,62	2,47
Eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung hat einen größeren Einfluss auf die Politik als der Rest.	2,63	2,63	2,64
Die Regierung belügt die Bevölkerung.***	2,26	2,30	2,10
Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.***	2,17	2,19	2,07

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Die höhere Zufriedenheit der befragten Großstädterinnen und -städter drückt sich auch in den politischen Ansichten aus. Menschen aus Wohnorten mit 100.000 EW oder mehr sind eher der Ansicht, dass Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden, Politikerinnen und Politiker es unter den gegebenen Umständen nicht leicht haben, eine freie Meinungsäußerung in Deutschland möglich ist und Wahlergebnisse die politische Haltung der Bevölkerung widerspiegeln. Dagegen vertreten Menschen aus Wohnorten mit unter 100.000 EW häufiger negative Ansichten im Hinblick auf Politik. Sie geben vermehrt an, dass Leute wie sie ohnehin keinen Einfluss auf die Regierung haben, Parteien alles zerreden und keine Probleme lösen, Politikerinnen und Politiker sich gar nicht wirklich für die Probleme der einfachen Leute interessieren und Demokratie eher zu faulen Kompromissen statt zu sachgerechten Entscheidungen führt. Zudem nehmen befragte Menschen aus Wohnorten mit unter 100.000 EW im Vergleich eher an, dass die Regierung die Bevölkerung belügt sowie dass Medien und Politik unter einer Decke stecken.

Tabelle 18: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach Wohnortgröße (Mittelwerte)

Für wie problematisch halten Sie aktuell die folgenden Herausforderungen für die Gesellschaft in Deutschland?			
	Mittelwert gesamt	Wohnortgröße	
		Unter 100.000 EW	Ab 100.000 EW
Arbeitslosigkeit**	2,83	2,84	2,79
Armut	3,43	3,43	3,41
Globalisierung***	2,93	2,94	2,85
Kriminalität***	3,19	3,21	3,09
Migration / Zuwanderung***	3,26	3,31	3,09
Soziale Spaltung	3,50	3,50	3,52
Umweltverschmutzung / Klimawandel***	3,43	3,42	3,50
Rechtsextremismus***	3,48	3,46	3,53
Linksextremismus***	3,21	3,23	3,10
Islamistischer Extremismus***	3,44	3,46	3,35
Einschränkung von Grundrechten***	2,64	2,68	2,51
Verlust von Tradition und Werten***	2,88	2,94	2,64

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Hinsichtlich der Bewertung der Herausforderungen für die Gesellschaft unterscheiden sich die beiden Gruppen ebenfalls, wobei Menschen aus kleineren Orten insgesamt ein größeres Problemempfinden zu haben scheinen. Während diese Gruppe größere Herausforderungen in Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Kriminalität, Migration bzw. Zuwanderung, dem Links- und islamistischen Extremismus, dem Verlust von Tradition und Werten sowie in der Einschränkung von Grundrechten erkennen, sehen Menschen aus Großstädten Probleme vermehrt in der Umweltverschmutzung bzw. dem Klimawandel und dem Rechtsextremismus.

4.2.5 Bildung

Die Bildung der Teilnehmenden wurde über den höchsten Schulabschluss erfragt, auf dessen Basis drei Gruppen gebildet wurden: Eine niedrige Bildung haben demnach Menschen ohne einen Schulabschluss oder mit einem Haupt- oder Volksschulabschluss, eine mittlere Bildung haben Befragte mit dem Abschluss einer Realschule oder polytechnischen Oberschule und eine hohe Bildung solche, die einen Abschluss einer erweiterten Oberschule, Fachabitur oder Abitur haben.

Tabelle 19: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach schulischer Bildung (Mittelwerte)

Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme				
	Mittelwert gesamt	Schulische Bildung		
		Niedrig	Mittel	Hoch
Polizei**	4,83	4,88	4,83	4,81
Justiz und Gerichte***	4,33	4,22	4,20	4,47
Politisches System***	4,43	3,26	3,16	3,70
Bundesregierung***	3,21	3,07	2,95	3,46
Landesregierung Niedersachsen***	3,78	3,75	3,60	3,94
Stadt- / Gemeindeverwaltung***	4,02	3,94	3,92	4,13
Tageszeitungen***	3,64	3,74	3,49	3,70
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	3,89	3,79	3,65	4,11
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)***	3,04	3,25	3,03	2,96
Wissenschaft***	4,63	4,15	4,40	4,98
Schulen***	3,99	3,85	3,83	4,15

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Menschen mit einer niedrigen Bildung haben mehr Vertrauen in private Fernsehsender als Menschen mit einer mittleren oder hohen Bildung. Im Vergleich zu Personen mit einer hohen Schulbildung geben sie außerdem mehr Vertrauen in die Polizei an. Menschen mit einer hohen Schulbildung haben hingegen mehr Vertrauen in Justiz und Gerichte, das politische System, die Bundes- und Landesregierung sowie in die Stadt- und Gemeindeverwaltung, öffentlich-rechtliche Fernsehsender, die Wissenschaft und Schulen. In Bezug auf das Vertrauen in Tageszeitungen sind keine signifikanten Unterschiede zwischen Menschen mit niedriger oder hohen Bildung erkennbar, jedoch weisen Menschen mit einer mittleren Bildung in diesem Bereich ein geringeres Vertrauen auf. Damit hat diese Gruppe über alle Institutionen hinweg das geringste Vertrauen.

Tabelle 20: Zufriedenheit mit der Demokratie nach schulischer Bildung (Mittelwerte)

Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?				
	Mittelwert gesamt	Schulische Bildung		
		Niedrig	Mittel	Hoch
Zufriedenheit***	3,52	3,40	3,30	3,74

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Dem Muster folgend zeigt sich hinsichtlich der Art und Weise, wie die Demokratie aktuell in Deutschland funktioniert, die geringste Zufriedenheit bei Menschen mit einer mittleren Schulbildung. Befragte mit niedriger Bildung sind im Vergleich dazu zufriedener. Die höchste Zufriedenheit findet sich im Vergleich jedoch bei Menschen mit einer hohen Bildung.

Tabelle 21: Ansichten über Politik nach schulischer Bildung (Mittelwerte)

Wie denken Sie über die Politik in Deutschland im Allgemeinen?				
	Mittelwert gesamt	Schulische Bildung		
		Niedrig	Mittel	Hoch
Positive Ansichten				
Ich vertraue darauf, dass die Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden.***	3,36	3,22	3,23	3,52
Die Politikerinnen und Politiker haben es wirklich nicht leicht, weil die politischen Probleme heute so kompliziert geworden sind.***	2,67	2,72	2,57	2,73
In Deutschland können alle frei ihre Meinung äußern.***	3,06	3,04	2,92	3,18
Die Wahlergebnisse spiegeln die politische Haltung der gesamten Bevölkerung wider.***	2,61	2,65	2,53	2,65
Kritische Ansichten				
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.***	2,61	2,90	2,76	2,37
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.***	2,88	3,01	3,03	2,70
Die meisten Politikerinnen und Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.***	2,91	3,08	3,09	2,70
Die Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen.***	2,61	2,79	2,77	2,41
Eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung hat einen größeren Einfluss auf die Politik als der Rest.**	2,64	2,69	2,62	2,62
Die Regierung belügt die Bevölkerung.***	2,29	2,51	2,48	2,06
Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.***	2,19	2,35	2,31	2,03

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Befragte, die einen Haupt-, Volksschul- oder gar keinen Abschluss (also eine niedrige Bildung) besitzen, haben am ehesten Zweifel an den Möglichkeiten zur eigenen politischen Teilhabe. Sie stimmen im Vergleich zu Menschen mittlerer und hoher Bildung eher zu, dass Leute wie sie keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut, und dass eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung einen größeren Einfluss auf die Politik hat als der Rest. Gemeinsam mit Befragten mit einer mittleren Bildung sagen sie außerdem häufiger als Menschen mit hoher Schulbildung, dass die demokratischen Parteien alles zerreden und die Probleme nicht lösen, die meisten Politikerinnen und Politiker sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren und die Demokratie eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen führt. Auch die Ansichten, dass die Regierung die Bevölkerung belügt sowie Medien und Politik unter einer Decke stecken, sind bei Menschen mit niedriger und mittlerer Bildung häufiger zu finden. Menschen mit einer hohen Bildung sehen die Umsetzung politischer Grundpfeiler positiver. Sie sind häufiger der Meinung, dass Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden und alle Menschen in Deutschland ihre Meinung frei äußern können. Menschen mit hoher Bildung glauben außerdem, ebenso wie Menschen mit niedriger Bildung, häufiger, dass die Wahlergebnisse die politische Haltung der gesamten Bevölkerung widerspiegeln sowie dass die Politikerinnen und Politiker es aufgrund der Komplexität der politischen Probleme heutzutage wirklich nicht leicht haben.

Tabelle 22: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach schulischer Bildung (Mittelwerte)

Für wie problematisch halten Sie aktuell die folgenden Herausforderungen für die Gesellschaft in Deutschland?				
	Mittelwert gesamt	Schulische Bildung		
		Niedrig	Mittel	Hoch
Arbeitslosigkeit***	2,85	3,05	2,95	2,68
Armut***	3,44	3,51	3,51	3,36
Globalisierung***	2,94	3,14	3,03	2,80
Kriminalität***	3,21	3,41	3,33	3,03
Migration / Zuwanderung***	3,29	3,51	3,45	3,08
Soziale Spaltung	3,51	3,51	3,53	3,50
Umweltverschmutzung / Klimawandel***	3,43	3,47	3,37	3,45
Rechtsextremismus***	3,48	3,58	3,47	3,44
Linksextremismus***	3,22	3,44	3,32	3,05
Islamistischer Extremismus***	3,45	3,64	3,55	3,29
Einschränkung von Grundrechten***	2,66	2,95	2,78	2,46
Verlust von Tradition und Werten***	2,90	3,24	3,09	2,63

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Die Betrachtung der Bewertung einzelner Herausforderungen für die Gesellschaft zeigt, dass Menschen mit einer niedrigeren Bildung grundsätzlich mehr Problematiken sehen. Sie schätzen Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Kriminalität, Migration bzw. Zuwanderung, Rechts-, Links und islamistischen Extremismus sowie die Einschränkung von Grundrechten und den Verlust von Tradition und Werten im Vergleich zu Menschen mit mittlerer und hoher Bildung eher problematisch ein. Ebenso wie Menschen mit mittlerer Bildung sehen sie außerdem eine höhere Problematik in der Armut als Menschen mit hoher Bildung. Zuletzt empfinden Menschen mit niedriger und mit hoher Bildung die Umweltverschmutzung bzw. den Klimawandel als größere Herausforderung als Menschen mit mittlerer Bildung.

4.2.6 Politische Einstellung

Die politische Einstellung, als weiterer möglicher Einflussfaktor auf die politischen Ansichten und das Vertrauen in Demokratie, wurde erhoben, indem die Befragten sich auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) einordnen sollten. Auf Basis dieser Skala wurden erneut drei Gruppen gebildet. Dem linken Rand werden alle Befragten zugeordnet, die eine Zahl zwischen 0 und 2 angegeben haben. Menschen, die sich zwischen 3 und 7 eingeordnet haben, bilden die politische Mitte und Befragte, die eine Zahl zwischen 8 und 10 angegeben haben, werden zum rechten Rand zusammengefasst.

Tabelle 23: Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme nach politischer Einstellung (Mittelwerte)

Vertrauen in Institutionen, Organisationen und Systeme				
	Mittelwert gesamt	Politische Einstellung		
		Linker Rand	Mitte	Rechter Rand
Polizei***	4,83	4,60	4,87	4,50
Justiz und Gerichte***	4,35	4,51	4,37	3,62
Politisches System***	3,46	3,76	3,48	2,53
Bundesregierung***	3,24	3,62	3,24	2,22
Landesregierung Niedersachsen***	3,81	4,11	3,83	2,88
Stadt- / Gemeindeverwaltung***	4,04	4,23	4,05	3,58
Tageszeitungen***	3,65	3,78	3,66	3,03
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	3,91	4,32	3,92	2,89
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)***	3,04	2,85	3,07	2,71
Wissenschaft***	4,68	4,99	4,67	4,23
Schulen***	4,01	4,17	4,01	3,51

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Werden die drei gebildeten Gruppen hinsichtlich ihres Vertrauens in Institutionen, Organisationen und Systeme verglichen, zeigt sich, dass Menschen mit linker politischer Einstellung insgesamt die höchsten Vertrauenswerte aufweisen. Sie vertrauen eher auf Justiz und Gerichte, das politische System, die Bundes- und Landesregierung, Stadt- und Gemeindeverwaltung, Tageszeitungen, öffentlich-rechtliche Fernsehsender, Wissenschaft und Schulen. Insbesondere beim rechten Rand ist das Vertrauen in die genannten Institutionen deutlich geringer. Menschen, die sich der politischen Mitte zuordnen, vertrauen im Vergleich stärker auf die Polizei und private Fernsehsender als Personen mit anderen politischen Einstellungen.

Tabelle 24: Zufriedenheit mit der Demokratie nach politischer Einstellung (Mittelwerte)

Wie zufrieden sind Sie aktuell mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?				
	Mittelwert gesamt	Politische Einstellung		
		Linker Rand	Mitte	Rechter Rand
Zufriedenheit***	3,55	3,85	3,57	2,57

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Passend zum höheren Vertrauen in staatliche Institutionen ist auch die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie bei Befragten vom linken politischen Rand am größten. Danach folgen Menschen aus der politischen Mitte. Deutlich weniger zufrieden sind hier jene, die sich dem politisch rechten Rand zuordnen.

Tabelle 25: Ansichten über Politik nach politischer Einstellung (Mittelwerte)

Wie denken Sie über die Politik in Deutschland im Allgemeinen?				
	Mittelwert gesamt	Politische Einstellung		
		Linker Rand	Mitte	Rechter Rand
Positive Ansichten				
Ich vertraue darauf, dass die Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden.***	3,38	3,55	3,38	2,99
Die Politikerinnen und Politiker haben es wirklich nicht leicht, weil die politischen Probleme heute so kompliziert geworden sind.***	2,68	2,80	2,69	2,20
In Deutschland können alle frei ihre Meinung äußern.***	3,08	3,25	3,09	2,43
Die Wahlergebnisse spiegeln die politische Haltung der gesamten Bevölkerung wider.***	2,62	2,69	2,63	2,25
Kritische Ansichten				
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.***	2,59	2,31	2,60	2,97
Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.***	2,86	2,60	2,87	3,31
Die meisten Politikerinnen und Politiker interessieren sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute.***	2,89	2,69	2,89	3,34
Die Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen.***	2,59	2,36	2,59	3,05
Eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung hat einen größeren Einfluss auf die Politik als der Rest.***	2,63	2,63	2,62	2,92
Die Regierung belügt die Bevölkerung.***	2,27	2,01	2,27	2,91
Die Medien und die Politik stecken unter einer Decke.***	2,18	1,97	2,17	2,74

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Befragte, die sich selbst dem linken Rand oder der politischen Mitte zuordnen, glauben im Gegensatz zu Personen aus dem rechten Spektrum eher, dass die Wahlergebnisse die politische Haltung der gesamten Bevölkerung widerspiegeln. Der politisch linke Rand stützt außerdem im Vergleich mit den anderen beiden politischen Lagern am meisten die positiven Ansichten, dass auf eine korrekte Durchführung der Wahlen in Deutschland vertraut werden kann und eine freie Meinungsäußerung für alle in Deutschland möglich ist. Sie zeigen zudem am meisten Empathie mit Politikerinnen und Politikern, indem sie am stärksten zustimmen, dass diese es aufgrund der Komplexität der aktuellen politischen Probleme wirklich nicht leicht haben. Befragte vom rechten Rand vertreten hingegen häufiger kritische Ansichten zur Politik. Sie stimmen von den drei Gruppen am ehesten zu, dass Leute wie sie keinen Einfluss auf die Regierung haben und eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung einen größeren Einfluss auf die Politik hat als der Rest. Sie schätzen es ferner eher ein, dass Politikerinnen und Politiker sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren, die demokratischen Parteien alles zerreden und die Probleme nicht lösen sowie dass die Demokratie eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen führt. Auch die Ansichten, dass die Regierung die Bevölkerung belügt und die Medien und die Politik unter einer Decke stecken, werden von Befragten vom rechten Rand deutlich häufiger angegeben als von Menschen aus der politischen Mitte oder vom linken Rand.

Tabelle 26: Bewertung der Herausforderungen für Deutschland nach politischer Einstellung (Mittelwerte)

Für wie problematisch halten Sie aktuell die folgenden Herausforderungen für die Gesellschaft in Deutschland?				
	Mittelwert gesamt	Politische Einstellung		
		Linker Rand	Mitte	Rechter Rand
Arbeitslosigkeit*	2,83	2,81	2,83	2,94
Armut***	2,43	3,56	3,42	3,33
Globalisierung***	2,92	2,84	2,92	3,12
Kriminalität***	3,19	2,93	3,20	3,53
Migration / Zuwanderung***	3,26	2,69	3,29	3,78
Soziale Spaltung**	3,50	3,56	3,50	3,53
Umweltverschmutzung / Klimawandel***	3,43	3,70	3,42	2,98
Rechtsextremismus***	3,47	3,70	3,48	2,70
Linksextremismus***	3,20	2,62	3,25	3,32
Islamistischer Extremismus***	3,43	3,11	3,45	3,66
Einschränkung von Grundrechten***	2,64	2,42	2,65	3,06
Verlust von Tradition und Werten***	2,88	2,25	2,91	3,56

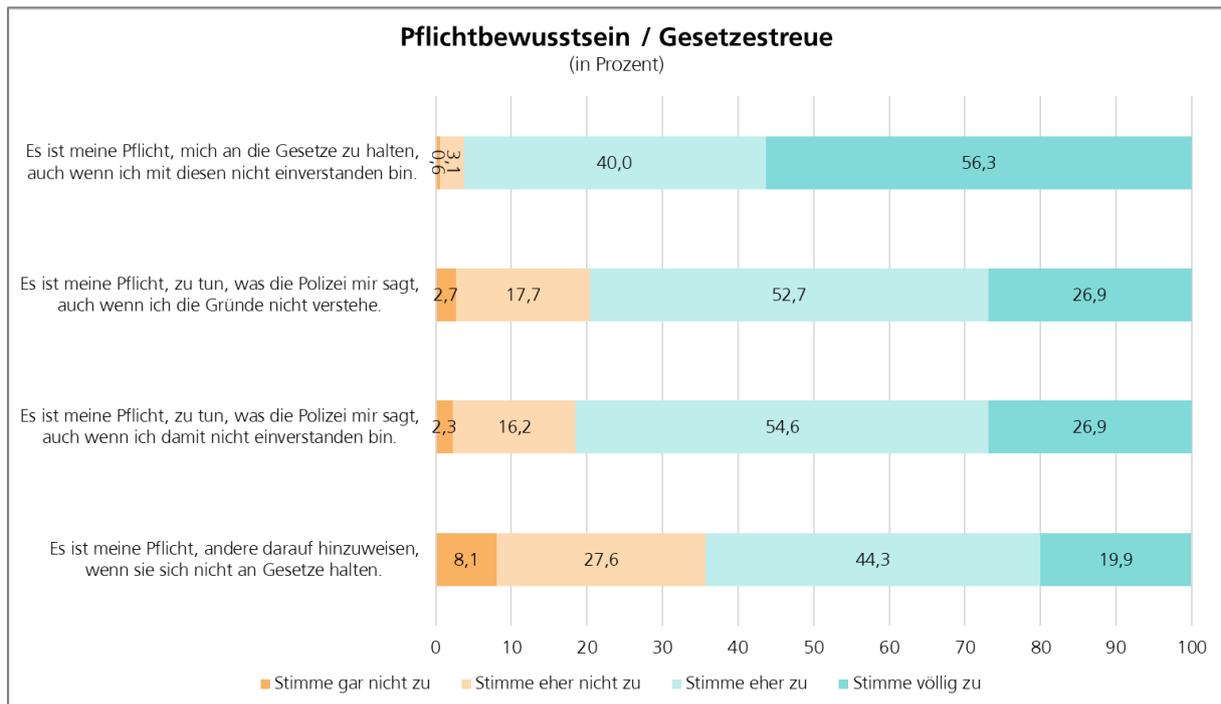
***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Die Bewertung von Herausforderungen für die Gesellschaft offenbart, dass Menschen vom politisch linken Rand häufiger als Personen mit anderen politischen Einstellungen eine große Problematik in den Bereichen Armut, Umweltverschmutzung bzw. Klimawandel und Rechtsextremismus sehen. Im Vergleich zur politischen Mitte empfinden sie außerdem die soziale Spaltung als problematischer. Im Linksextremismus sehen die politische Mitte und der rechte Rand häufiger als der linke Rand eine Herausforderung. Der rechte Rand sieht Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Kriminalität, Migration bzw. Zuwanderung, islamistischen Extremismus, die Einschränkung von Grundrechten und den Verlust von Tradition und Werten als größere Problematik an.

4.3 Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue

Die Einhaltung von Gesetzen und das Befolgen von Anweisungen der Polizei durch die Bevölkerung ist wichtig für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und trägt so dazu bei, eine sichere Umgebung für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Neben dem Vertrauen in Demokratie und den Ansichten zu Politik wurde deshalb auch das Pflichtbewusstsein gegenüber der Polizei und dem Gesetz erhoben. Die Zustimmung zu vier Aussagen zum Pflichtbewusstsein bzw. der Gesetzestreue der Befragten ist in Abbildung 5 veranschaulicht.

Abbildung 5: Bewertung des eigenen Pflichtbewusstseins / Gesetzestreue



Das Pflichtbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger ist grundsätzlich hoch. Mehr als jede/r Zweite stimmt den vier genannten Aussagen jeweils zu. Die Befragten stimmen der Aussage, dass es ihre Pflicht ist, sich an Gesetze zu halten, auch wenn sie mit diesen nicht einverstanden sind, am häufigsten zu. Nur für 3,7 % aller Befragten trifft dies nicht zu. Bezüglich der Pflicht zu tun, was die Polizei sagt, auch wenn sie entweder die Gründe nicht verstehen oder sie mit diesen Gründen nicht einverstanden sind, geben ebenfalls 79,6 % bzw. 81,5 % der Befragten (eher) Zustimmung an. Dementsprechend fühlt sich lediglich etwa jede/r Fünfte in diesen Situationen nicht verpflichtet, Anweisungen der Polizei Folge zu leisten. Am geringsten ist das Pflichtbewusstsein in Bezug auf die Aussage, andere darauf hinzuweisen, wenn sie sich nicht an Gesetze halten. Doch noch immer 64,2 % der Befragten stimmen hier (eher) zu.

Wird das Pflichtbewusstsein nach Altersgruppen betrachtet, wird offenbar, dass dieses ab dem mittleren Alter höher ist (Tabelle 27 im Anhang). Befragte ab einem Alter von 35 Jahren fühlen sich im Vergleich zu Jüngeren häufiger verpflichtet, sich an Gesetze zu halten, ohne damit einverstanden zu sein. Menschen im mittleren Alter zwischen 35 und 64 Jahren haben im Vergleich zur jüngeren und älteren Altersgruppe ein höheres Pflichtbewusstsein in Bezug auf Anweisungen der Polizei. Sie sehen es eher als ihre Pflicht, zu tun, was die Polizei ihnen sagt, auch wenn sie die Gründe nicht verstehen oder mit diesen nicht einverstanden sind. Die ältesten Befragten ab einem Alter von 65 Jahren geben hingegen häufiger als die anderen Altersgruppen an, dass es (eher) ihre Pflicht ist, andere darauf hinzuweisen, wenn sie sich nicht an Gesetze halten.

Hinsichtlich des Geschlechts zeigen sich nur in zwei Aspekten Unterschiede (Tabelle 28 im Anhang). Während Männer häufiger ihre Pflicht darin sehen, zu tun, was die Polizei ihnen sagt, ohne die Gründe dafür zu verstehen, sehen Frauen diese eher darin, andere darauf hinzuweisen, wenn sie sich nicht an Gesetze halten.

Auch ein Migrationshintergrund kann Einfluss auf das Pflichtbewusstsein und die Gesetzestreue nehmen (Tabelle 29 im Anhang). Befragte ohne Migrationshintergrund sehen es eher als ihre Pflicht an, Anweisungen der Polizei Folge zu leisten, auch wenn sie die Gründe nicht verstehen oder nicht damit einverstanden sind. Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich stärker verpflichtet, andere auf ihre Gesetzesverstöße hinzuweisen.

Menschen aus Wohnorten mit unter 100.000 EW haben grundsätzlich ein höheres Pflichtbewusstsein (Tabelle 30 im Anhang). Das gilt für alle abgefragten Aspekte, abgesehen von der Aussage, dass sie sich an Gesetze halten, auch wenn sie mit diesen nicht einverstanden sind.

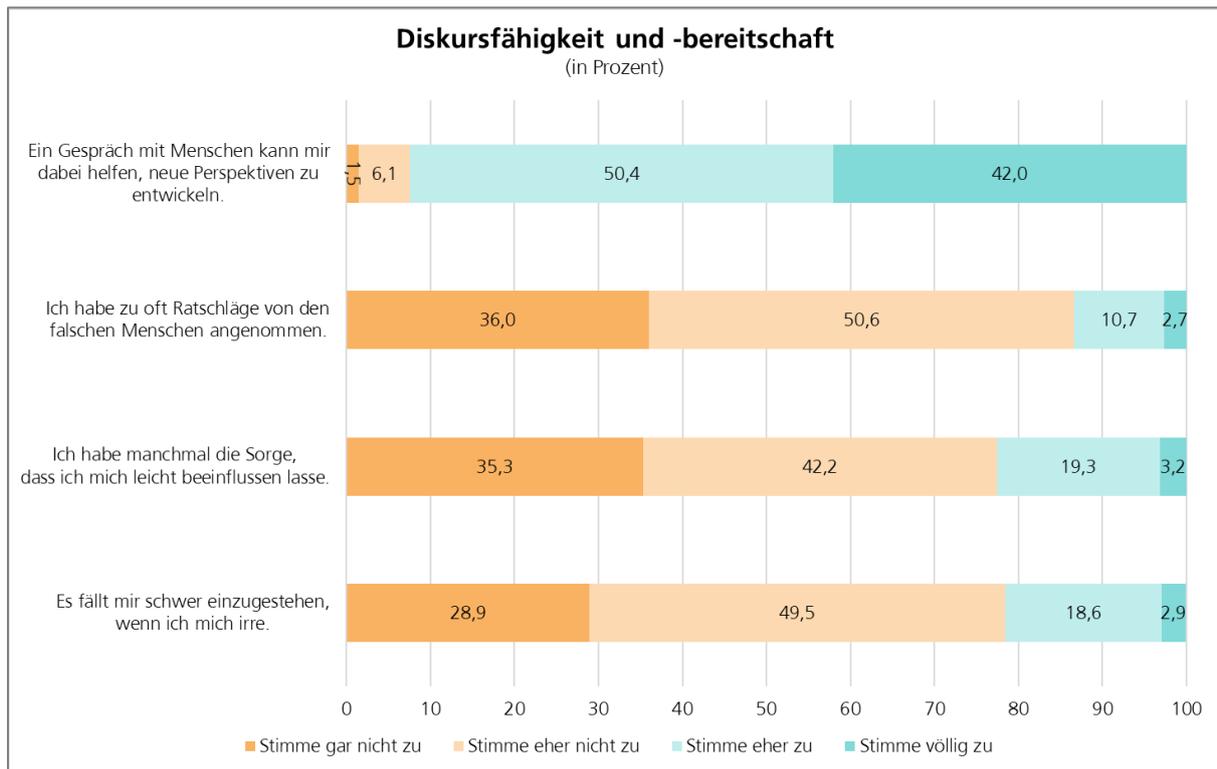
Die Bildung der Menschen kann ebenfalls Einfluss auf ihr Pflichtbewusstsein gegenüber Polizei und Gesetzen haben (Tabelle 31 im Anhang). Befragte mit einer niedrigen Bildung, also mit einem Haupt-, Volksschul- oder gar keinem Abschluss, geben am häufigsten an, dass es ihre Pflicht ist, andere auf Gesetzesverstöße hinzuweisen. Menschen, die einen Realschul- oder einen höheren Abschluss haben, demnach Menschen mit einer mittleren oder hohen Bildung, empfinden es hingegen häufiger als Menschen mit niedriger Bildung als ihre Pflicht, zu tun, was die Polizei sagt, ohne mit den Gründen einverstanden zu sein. Menschen mit hoher Bildung stimmen außerdem (eher) der Aussage zu, dass sie sich verpflichtet fühlen, Gesetze auch dann einzuhalten, wenn sie nicht mit ihnen einverstanden sind.

Das Pflichtgefühl gegenüber dem Gesetz und der Polizei ist im Hinblick auf die politische Einstellung bei Menschen am größten, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen (Tabelle 32 im Anhang). Sie vertreten eher die Ansicht, dass es ihre Pflicht ist, sich an Gesetze zu halten, ohne mit diesen einverstanden zu sein und zu tun, was die Polizei sagt, ohne die Gründe zu verstehen oder mit diesen einverstanden zu sein. Die Folgsamkeit gegenüber Letzterem, also gegenüber Anweisungen der Polizei, unterscheidet sich jedoch nicht bei Menschen der politischen Mitte und solchen, die sich dem rechten Rand zuordnen. Beide empfinden ihr Pflichtbewusstsein höher als Befragte aus dem politisch linken Rand.

4.4 Diskursfähigkeit

Durch Diskussionen und Debatten können Menschen ihre Ansichten ausdrücken, Informationen teilen und Perspektiven austauschen. Dies fördert das Verständnis komplexer Probleme und trägt dazu bei, Entscheidungen zu treffen, die den Bedürfnissen und Werten der Gemeinschaft entsprechen. Die Diskursbereitschaft und -fähigkeit sind deshalb essenziell für eine funktionierende Demokratie. Die Verteilung der hierfür abgefragten Aussagen sind in Abbildung 6 aufgeführt.

Abbildung 6: Bewertung der eigenen Diskursfähigkeit und -bereitschaft



Über die vier abgefragten Aspekte hinweg erachtet der Großteil der Befragten die eigene Diskursbereitschaft und -fähigkeit (eher) hoch. Nicht nur findet die weit überwiegende Mehrheit der Befragten, dass ein Gespräch mit Menschen ihnen dabei helfen kann, neue Perspektiven zu entwickeln. Dieser Aussage stimmen ganze 92,3 % (eher) zu. Auch die Sorge vor der eigenen Beeinflussbarkeit ist gering ausgeprägt. Nur etwa 13,4 % finden, dass sie in der Vergangenheit (eher) zu oft Ratschläge von den falschen Menschen angenommen haben und weitere 22,5 % sind manchmal in Sorge, dass sie sich (eher) leicht beeinflussen lassen. Eine weitere Facette der Diskursfähigkeit, die Fähigkeit sich eigene Irrtümer einzugestehen, wird von den meisten Befragten ebenfalls hoch eingeschätzt. Dennoch gibt etwa jede/r Fünfte (21,5 %) an, dass ihr / ihm dies (eher) schwerfällt.

Eine Betrachtung nach Alter zeigt: Die Gesprächsbereitschaft ist bei jungen Menschen am höchsten ausgeprägt (Tabelle 33 im Anhang). Befragte unter 35 Jahren geben im Vergleich am häufigsten an, dass ein Gespräch ihnen dabei helfen kann, neue Perspektiven zu entwickeln. Zudem sehen junge Menschen ihre eigenen Diskursfähigkeiten kritischer. So geben sie im Vergleich mit Befragten mittleren und hohen Alters eher an, dass sie bereits zu oft Ratschläge von den falschen Menschen angenommen haben, manchmal Sorge vor der eigenen Beeinflussbarkeit haben und Schwierigkeiten mit dem Eingestehen der eigenen Irrtümer haben.

Männern fällt es häufiger als Frauen schwer, sich einzugestehen, wenn sie sich irren (Tabelle 34 im Anhang). Frauen sind gesprächsbereiter als Männer und meinen eher, dass ein Gespräch ihnen helfen kann, neue Perspektiven zu entwickeln. Sie sorgen sich jedoch auch häufiger als Männer, dass sie sich leicht beeinflussen lassen.

Während Menschen ohne einen Migrationshintergrund im Vergleich signifikant häufiger der Aussage zustimmen, dass es ihnen schwerfällt, Fehler einzugestehen, geben Menschen mit Migrationshintergrund vermehrt an, schon zu oft Ratschläge von den falschen Menschen angenommen zu haben (Tabelle 35 im Anhang).

Menschen aus Großstädten mit mindestens 100.000 EW vertreten häufiger die Ansicht, dass ihnen ein Gespräch bei der Entwicklung neuer Perspektiven helfen kann (Tabelle 36 im Anhang). Dagegen bewerten Menschen aus Wohnorten mit einer geringeren Einwohnerzahl ihre Diskursbereitschaft und -fähigkeit kritischer. Sie geben vermehrt an, dass sie bereits zu oft Ratschläge von den falschen Menschen angenommen, Sorge vor der eigenen Beeinflussbarkeit und Schwierigkeiten beim Eingestehen von Fehlern haben.

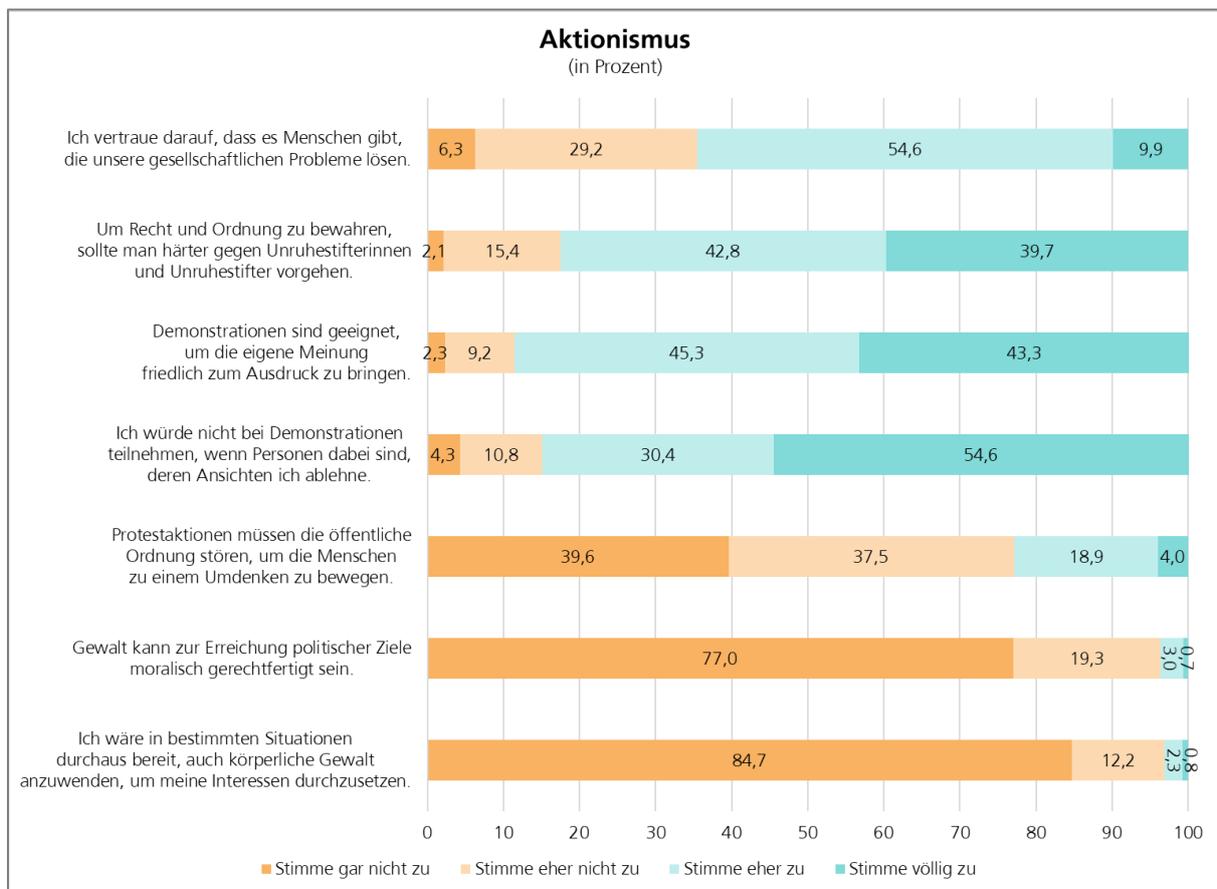
Menschen mit einer hohen Bildung stimmen im Vergleich öfter zu, dass ihnen Gespräche bei der Entwicklung neuer Perspektiven helfen können (Tabelle 37 im Anhang). Menschen, die eine niedrige Bildung haben, geben hingegen am häufigsten an, dass sie bereits zu oft Ratschläge von falschen Menschen angenommen haben und sie Irrtümer nicht leicht eingestehen können. Gemeinsam mit Menschen mittlerer Bildung sorgen sie sich außerdem häufiger als Menschen mit hoher Bildung davor, leicht beeinflussbar zu sein.

Ferner hat auch die politische Einstellung der Befragten Einfluss auf die Einschätzung ihrer Diskursfähigkeit (Tabelle 38 im Anhang). Befragte vom linken Rand sehen in Gesprächen häufiger die Möglichkeit, für sich neue Perspektiven zu entwickeln. Gemeinsam mit Menschen, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen, sorgen sie sich außerdem signifikant häufiger als Personen vom rechten Rand, dass sie sich leicht beeinflussen lassen.

4.5 Einstellung zu Aktionismus

Aktionismus dient in einer Demokratie dazu, Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, für ihre Überzeugungen einzustehen sowie die Vielfalt der Meinungen und Interessen in einer Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Er ist demnach ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Prozesse und kann dazu beitragen, öffentliche Debatten anzuregen, die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben. Im Sondermodul der „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität“ wurden die Ansichten der niedersächsischen Bevölkerung zu verschiedenen Formen des Aktionismus erfragt. Die Zustimmung zu den einzelnen zu bewertenden Aussagen kann Abbildung 7 entnommen werden.

Abbildung 7: Bewertung der eigenen Einstellung zu Aktionismus



Zunächst vertrauen mit 64,5 % etwa zwei Drittel aller Befragten (eher) darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen. Sie sehen ihre Rolle im politischen System demnach eher passiv und vertrauen auf Andere. 82,5 % stimmen (eher) zu, dass gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter härter vorgegangen werden sollte, um Recht und Ordnung zu bewahren. In Demonstrationen sieht der Großteil der Befragten eine angemessene Form des Aktionismus: 88,6 % der Menschen vertreten die Ansicht, dass Demonstrationen geeignet sind, um die eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dabei ist jedoch für viele Befragte der Teilnehmendenkreis der Demonstration von Bedeutung. Jede/r Zweite (54,6 %) stimmt völlig zu und weitere 30,4 % stimmen eher zu, dass sie nicht bei Demonstrationen teilnehmen würden, wenn Personen dabei sind, deren Ansichten sie ablehnen. Bezüglich der drastischeren Maßnahmen im Bereich des Aktionismus ist die Zustimmung im Vergleich deutlich geringer. So stimmt mit einem Anteil von 22,9 % nur etwas mehr als jede/r Fünfte (eher) zu, dass Protestaktionen die öffentliche Ordnung stören müssen, um die Menschen zu einem Umdenken zu bewegen. Am geringsten fällt die Zustimmung schließlich bei der Legitimierung von Gewalt aus. Nur 3,7 % der Befragten stimmen (eher) zu, dass Gewalt zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein kann, und nur 3,0 % geben an, dass sie in bestimmten Situationen durchaus bereit wären, auch selbst körperliche Gewalt anzuwenden, um die eigenen Interessen durchzusetzen.

Die Zustimmung zu den härteren Formen von Aktionismus ist, wie eine Betrachtung nach Alter zeigt, bei jungen Menschen unter 35 Jahren höher (Tabelle 39 im Anhang). Sie finden häufiger als ältere Befragte, dass Protestaktionen die öffentliche Ordnung stören müssen, um die Menschen zu einem Umdenken zu bewegen. Zudem denken sie häufiger, dass Gewalt moralisch gerechtfertigt sein kann und wären auch häufiger bereit, selbst Gewalt anzuwenden, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Die beiden älteren Altersgruppen ab einem Alter von 35 Jahren

sehen hingegen anscheinend mehr Bedeutung in friedlichen Maßnahmen. Sie geben häufiger an, dass Demonstrationen zur friedlichen Meinungsäußerung geeignet sind. Die ältesten Befragten ab einem Alter von 65 Jahren vertrauen zusätzlich häufiger als junge und mittelalte Befragte (eher) darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen, härter gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter vorgegangen werden sollte und sie nicht gemeinsam mit Personen an Demonstrationen teilnehmen würden, deren Ansichten sie ablehnen.

In Bezug auf die Ansichten zu Aktionismus unterscheiden sich die Befragten auch hinsichtlich ihres Geschlechtes (Tabelle 40 im Anhang). Dabei würden Frauen eher als Männer nicht an Demonstrationen teilnehmen, wenn Personen beteiligt sind, deren Ansichten sie ablehnen. Auch finden Frauen öfter, dass Protestaktionen die öffentliche Ordnung stören müssen, um die Menschen zu einem Umdenken zu bewegen. Männer hingegen finden häufiger, dass härter gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter vorgegangen werden sollte sowie Demonstrationen zur friedlichen Meinungsäußerung geeignet sind und vertrauen auch häufiger darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen. Überdies zeigen sich auch Unterschiede in der Akzeptanz von Gewalt. Männer stimmen häufiger (eher) zu, dass Gewalt zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein kann und sie in bestimmten Situationen durchaus auch bereit wären, selbst körperliche Gewalt anzuwenden.

Menschen, die keinen Migrationshintergrund haben, finden im Vergleich zu jenen mit einem solchen, dass härter gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter vorgegangen werden sollte und dass sie nicht an Demonstrationen teilnehmen würden mit Personen, deren Ansichten sie ablehnen (Tabelle 41 im Anhang). Menschen mit Migrationshintergrund vertrauen hingegen häufiger darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen. Sie akzeptieren jedoch auch häufiger Gewalt als Form des Aktionismus. So geben sie im Vergleich häufiger an, dass Gewalt als Mittel zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein kann und sie auch selbst bereit wären, körperliche Gewalt anzuwenden, um ihre Interessen durchzusetzen.

Die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner des Wohnorts der Befragten hat ebenfalls einen Einfluss auf ihre Ansichten zu Aktionismus (Tabelle 42 im Anhang). Menschen, die in Orten mit einer Einwohnerzahl unter 100.000 wohnen, finden häufiger, dass härter gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter vorgegangen werden sollte. Befragte aus einer Großstadt mit mindestens 100.000 EW vertrauen hingegen häufiger darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen und finden häufiger, dass Demonstrationen zur friedlichen Meinungsäußerung geeignet sind und Protestaktionen die öffentliche Ordnung stören müssen. Zudem empfinden die Befragten einer Großstadt im Vergleich zu Menschen aus kleineren Städten Gewalt als ein akzeptables Mittel zur Interessenvertretung. Sie geben sowohl an, dass Gewalt moralisch gerechtfertigt sein kann als auch, dass sie zu körperlicher Gewalt bereit wären, um ihre Interessen durchzusetzen.

Menschen mit einer hohen Bildung sehen im Vergleich zu Personen mit niedriger oder mittlerer Bildung eine höhere Bedeutung in Demonstrationen als Mittel zur Meinungsäußerung und in einer Störung der öffentlichen Ordnung durch Protestaktionen (Tabelle 43 im Anhang). Menschen mit einer mittleren oder niedrigen Bildung geben hingegen häufiger an, dass sie nicht an Demonstrationen teilnehmen würden, wenn auch Personen dabei sind, deren Ansichten sie ablehnen. Letztere, also Menschen mit niedriger Bildung, vertrauen außerdem häufiger darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen, und glauben häufiger, dass gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter härter vorgegangen werden sollte. Und auch die Akzeptanz von Gewalt zur politischen Interessendurchsetzung ist bei Menschen mit niedriger Bildung am höchsten. Im Vergleich zu Menschen mit mittlerer oder hoher Bildung geben sie

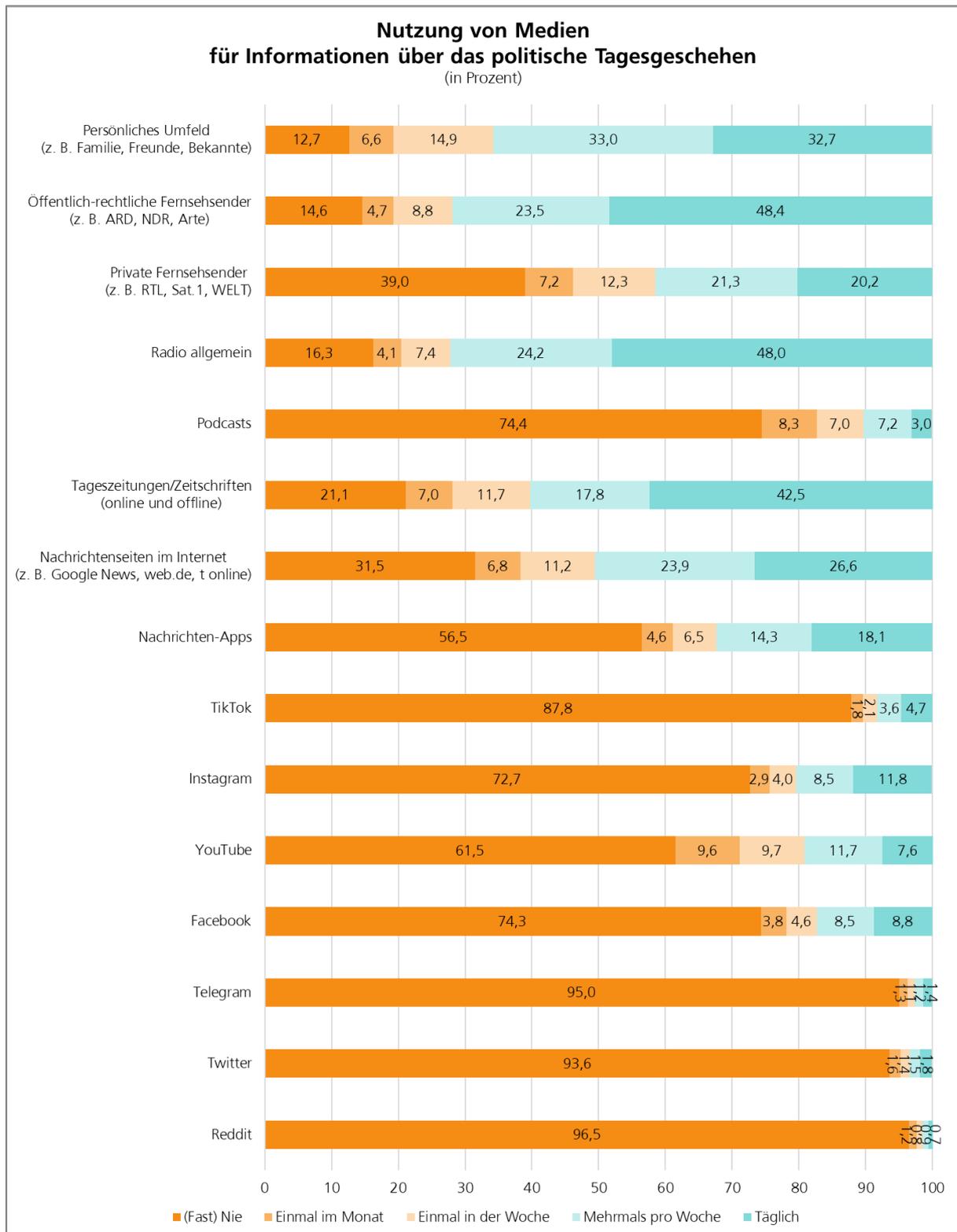
häufiger an, dass Gewalt zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein kann und wären in bestimmten Situationen auch häufiger bereit, selbst körperliche Gewalt einzusetzen.

Die Bedeutung von Demonstrationen als Mittel zur friedlichen Meinungsäußerung und einer Störung der öffentlichen Ordnung durch Protestaktionen wird am häufigsten gesehen von Menschen, die sich selbst dem politisch rechten Rand zuordnen (Tabelle 44 im Anhang). Wie Menschen aus der politischen Mitte vertrauen diese außerdem häufiger darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen. Befragte der politischen Mitte wiederum geben häufiger als Menschen aus dem politisch linken und rechten Lager an, dass sie nicht an Demonstrationen teilnehmen würden mit Personen, deren Ansichten sie ablehnen. Zuletzt stimmen Befragte vom politisch rechten Rand häufiger zu, dass härter gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter vorgegangen werden sollte und dass sie in bestimmten Situationen selbst zu körperlicher Gewalt bereit wären, um ihre Interessen durchzusetzen. Wie Personen vom linken Rand finden sie außerdem, dass Gewalt zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein kann. Die politischen Ränder akzeptieren damit Gewalt als legitimes Mittel häufiger als die politische Mitte.

4.6 Mediennutzungsverhalten

Um sich über politische Tagesthemen zu informieren, können Bürgerinnen und Bürger auf verschiedene Informationsquellen zurückgreifen, darunter das persönliche Umfeld, analoge wie digitale Medien, dazu zählen nicht zuletzt seit geraumer Zeit auch soziale Medien. Sowohl die Nutzung als auch die Bewertung der Glaubwürdigkeit wurde im Sondermodul zu „Vertrauen in Demokratie“ erhoben. Abbildung 8 veranschaulicht zunächst die Häufigkeit der Nutzung verschiedener aufgeführter Informationsquellen und Abbildung 9 im Folgenden die Glaubwürdigkeit eben dieser nach Ansicht der Befragten.

Abbildung 8: Eigene Nutzung von Medien für Informationen über das politische Tagesgeschehen



Um sich über politische Tagesthemen zu informieren, nutzen die niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger am häufigsten das Radio oder das öffentlich-rechtliche Fernsehen. 72,1 % bzw. 71,9 % geben an, diese beiden Medien mehrmals pro Woche oder täglich zu nutzen. Auch das persönliche Umfeld (65,7 %) und Tageszeitungen bzw. Zeitschriften, sowohl offline als auch online (60,2%), werden als Informationsquellen häufig genutzt. Jede/r Zweite nutzt außerdem

Nachrichtenseiten im Internet (50,5 %) mehrmals pro Woche oder täglich und weitere 41,5 % tun dies mit privaten Fernsehsendern.

Seltener genutzt werden Nachrichten-Apps, Podcasts und soziale Medien. Dabei weisen Nachrichten-Apps noch die höchste Nutzung auf. Beinahe jede/r Dritte (32,4 %) greift darauf mehrmals pro Woche oder täglich zu, um sich über die politischen Tagesthemen zu informieren. Unter den sozialen Medien überwiegen bei der Nutzung im Hinblick auf politische Themen Instagram (20,4 %), YouTube (19,2 %) und Facebook (17,3 %). Etwa jede/r Zehnte informiert sich über Podcasts (10,3 %) und 8,3 % über TikTok. Twitter (3,3 %), Telegram (2,6 %) und Reddit (1,6 %) werden im Vergleich nur sehr selten als Informationsquellen für politische Themen verwendet.

Die Betrachtung der Nutzungshäufigkeiten nach Alter offenbart einige Unterschiede in den Altersgruppen (Tabelle 45 im Anhang). Podcasts und die sozialen Medien (TikTok, Instagram, YouTube, Twitter und Reddit) werden am häufigsten von der jüngsten Altersgruppe der Personen unter 35 Jahren mehrmals pro Woche oder täglich genutzt. Die einzigen Ausnahmen stellen die Plattformen Facebook und Telegram dar. Diese beiden sozialen Medien werden von den Befragten zwischen 35 und 64 Jahren am häufigsten mehrmals pro Woche oder täglich genutzt. Auch der Anteil derer, die das persönliche Umfeld, Nachrichtenseiten im Internet und Nachrichten-Apps für Informationen über das politische Tagesgeschehen verwenden, ist unter den 35- bis 64-Jährigen am größten. Die ältesten Befragten ab einem Alter von 65 Jahren greifen hingegen im Vergleich mit den anderen Gruppen am häufigsten auf öffentlich-rechtliche und private Fernsehsender sowie auf Tageszeitungen bzw. Zeitschriften zurück. Das Radio als Informationsquelle für politische Themen wird von der mittelalten und ältesten Altersgruppe, also allen Menschen ab 35 Jahren, häufiger mehrmals pro Woche oder täglich genutzt als von den jüngsten Befragten.

Auch hinsichtlich des Geschlechts zeigen sich einige Unterschiede in der Nutzung der Quellen (Tabelle 46 im Anhang). So nutzen Männer häufiger mehrmals pro Woche oder täglich Podcasts, Tageszeitungen bzw. Zeitschriften, Nachrichtenseiten im Internet, Nachrichten-Apps, YouTube, Telegram, Twitter und Reddit, um sich über das politische Tagesgeschehen auf dem Laufenden zu halten. Frauen hingegen verwenden häufiger das Radio oder Instagram.

Klassische Informationsquellen, wie das persönliche Umfeld, öffentlich-rechtliche und private Fernsehsender, das Radio und Tageszeitungen bzw. Zeitschriften werden häufiger mehrmals pro Woche oder täglich von Menschen ohne einen Migrationshintergrund verwendet (Tabelle 47 im Anhang). Menschen mit einem Migrationshintergrund greifen wiederum häufiger auf digitale Medien zurück, hierzu zählen Nachrichtenseiten im Internet, Nachrichten-Apps sowie die sozialen Medien TikTok, Instagram, YouTube, Facebook, Telegram, Twitter und Reddit.

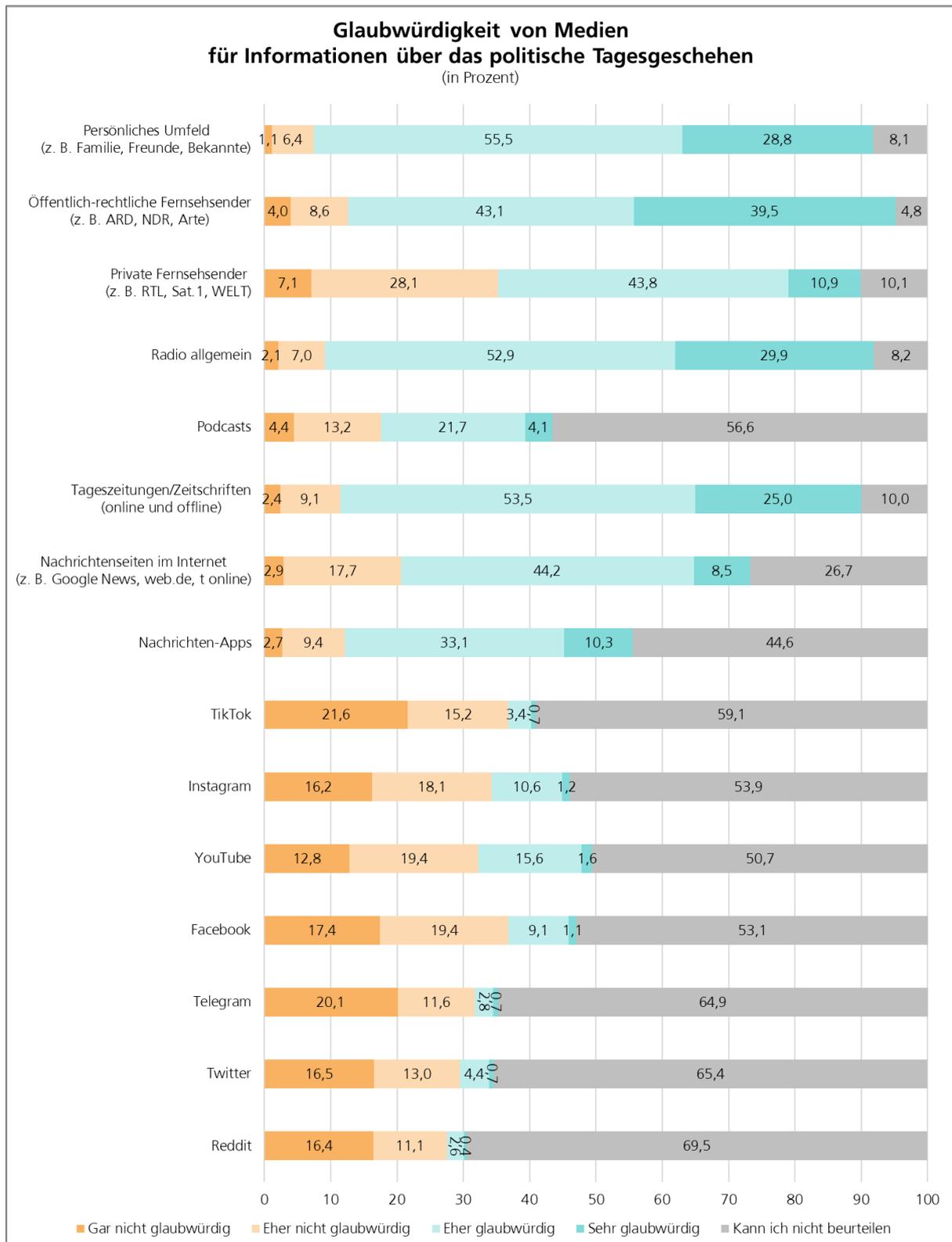
Werden die Befragten hinsichtlich der Größe ihres Wohnortes unterschieden, so zeigt sich, dass Befragte aus Orten mit weniger als 100.000 EW Informationen über politische Themen eher über das persönliche Umfeld, private Fernsehsender, das Radio und Facebook einholen (Tabelle 48 im Anhang). Menschen aus Großstädten mit einer Einwohnerzahl von mindestens 100.000 nutzen hingegen häufiger Podcasts, Nachrichten-Apps, Instagram, YouTube, Twitter und Reddit mehrmals pro Woche oder täglich.

Der Anteil derer, die die klassischen Medien Fernsehen (öffentlich-rechtliche und private Fernsehsender) und Tageszeitungen bzw. Zeitschriften (online und offline) mehrmals pro Woche oder täglich als Informationsquelle für politische Themen nutzen, ist unter Befragten mit einer niedrigen Bildung am höchsten (Tabelle 49 im Anhang). Gleiches gilt auch für das Radio, wobei sich hier der Anteil von Menschen niedriger und mittlerer Bildung nicht signifikant unterscheidet; lediglich bei Menschen mit hoher Bildung ist der Anteil hier geringer. Menschen mit einer mittleren Bildung nutzen hingegen die Social-Media-Plattformen TikTok und Facebook am häufigsten

mehrmals pro Woche oder täglich, um sich politisch auf dem Laufenden zu halten. Gemeinsam mit Menschen, die eine hohe Bildung haben, nutzen sie außerdem häufiger Nachrichtenseiten im Internet. Befragte mit einer hohen Bildung nutzen schließlich ihr persönliches Umfeld am häufigsten. Und auch der Anteil der Befragten, die mehrmals pro Woche oder täglich Podcasts, Nachrichten-Apps sowie die Social-Media-Plattformen Instagram, YouTube, Twitter und Reddit für Informationen über das politische Tagesgeschehen verwenden, ist unter Menschen mit hoher Bildung am größten.

Zuletzt lassen sich auch Unterschiede im Nutzungsverhalten von Informationsquellen hinsichtlich der politischen Einstellung der Befragten feststellen (Tabelle 50 im Anhang). Befragte vom linken Rand greifen für politische Informationen häufiger auf Podcasts, Instagram, Twitter und Reddit zurück. Die politische Mitte hingegen nutzt dafür öffentlich-rechtliche Fernsehsender, das Radio sowie Tageszeitungen und Zeitschriften häufiger als die politischen Ränder. Bei den Befragten, die sich selbst dem politisch rechten Rand zuordnen, ist schließlich der Anteil derer, die private Fernsehsender, Nachrichtenseiten im Internet, YouTube, Facebook oder Telegram mehrmals pro Woche oder täglich nutzen, am größten. Beide politischen Ränder, also Befragte aus dem linken und dem rechten Rand, unterscheiden sich nicht in der Nutzung des sozialen Mediums TikTok, wobei beide dies häufiger verwenden als Menschen aus der politischen Mitte.

Abbildung 9: Bewertung der Glaubwürdigkeit von Medien für Informationen über das politische Tagesgeschehen



In einem zweiten Schritt sollten die Befragten die oben genannten Informationsquellen für politische Tagesthemen auf ihre Glaubwürdigkeit bewerten. Da nicht für alle Informationsquellen eine Bekanntheit oder Einschätzung der Berichterstattung hinsichtlich politischer Themen erwartet werden kann – insbesondere die sozialen Medien können den Befragten unbekannt sein – konnte auf die Antwortmöglichkeit „Kann ich nicht beurteilen“ ausgewichen werden.

Insgesamt zeigt sich, dass für klassische Informationsquellen die Kategorie „Kann ich nicht beurteilen“ deutlich seltener genutzt wird: Lediglich 4,8 % der Befragten können nicht beurteilen, wie glaubwürdig sie öffentlich-rechtliche Fernsehsender finden, 8,1 % können dies für ihr persönliches Umfeld nicht und 8,2 % für das Radio im Allgemeinen nicht. Etwa jede/r Zehnte kann keine Einschätzung zu Tageszeitungen bzw. Zeitschriften (10,0 %) und privaten Fernsehsendern (10,1 %) geben. Sobald es sich um internetbasierte Quellen handelt, sind die Anteile derer, die keine Einschätzung zur Glaubwürdigkeit abgeben können, höher. So kann jede/r Vierte nicht beurteilen, wie glaubwürdig Nachrichtenseiten im Internet sind (26,7 %) und bei sogar 44,6 % gilt dies für Nachrichten-Apps. Podcasts und soziale Medien sind deutlich seltener bekannt oder können hinsichtlich ihrer politischen Berichterstattung eingeschätzt werden. Hier liegen die Anteile derer, die „Kann ich nicht beurteilen“ angegeben haben, zwischen 50,7 % bei YouTube und 69,5 % bei Reddit.

Nicht nur, dass die klassischen Medien als Informationsquellen für politische Tagesthemen häufiger eingeschätzt werden können, sie werden auch als glaubwürdiger bewertet. Am meisten vertrauen die Befragten dabei auf ihr persönliches Umfeld. 84,3 % finden dieses eher oder sehr glaubwürdig. Als weitere Quellen überwiegen die beiden am häufig genutzten Medien: 82,8 % bzw. 82,6 % der Befragten beurteilen das Radio bzw. öffentlich-rechtliche Fernsehsender als (eher) glaubwürdig. Tageszeitungen bzw. Zeitschriften, sowohl in analoger als auch in digitaler Form, empfindet ein Anteil von 78,5 % als (eher) glaubwürdig. Noch etwas mehr als die Hälfte aller Befragten sieht eine (eher) hohe Glaubwürdigkeit in privaten Fernsehsendern (54,7 %) oder Nachrichtenseiten im Internet (52,7 %) und weitere 43,4 % in Nachrichten-Apps.

Podcasts und soziale Medien werden nicht nur seltener für Informationen über das politische Tagesgeschehen genutzt, sie werden im Hinblick darauf auch deutlich seltener als (eher) glaubwürdig empfunden. Etwa jede/r Vierte findet Podcasts (25,8 %) (eher) glaubwürdig, und bei YouTube sind es noch 17,2 %. Die anderen sozialen Medien werden noch kritischer betrachtet. So vertraut nur etwa jede/r Zehnte in Bezug auf politische Tagesthemen auf die Informationen, die bei Instagram (11,8 %) oder Facebook (10,1 %) geteilt werden. Der Anteil der Personen, die Twitter (5,0 %), TikTok (4,0 %), Telegram (3,5 %) und Reddit (3,0 %) als (eher) glaubwürdig einstufen, sind im Vergleich zu den anderen Informationsquellen schließlich verschwindend gering.

Wie auch schon bei der Nutzung der Informationsquellen zeigen sich auch in der Glaubwürdigkeit Unterschiede hinsichtlich des Alters der Befragten (Tabelle 51 im Anhang). Nicht nur, dass Menschen unter 35 Jahren Podcasts und soziale Medien (TikTok, Instagram, Twitter und Reddit) häufiger nutzen, sie schätzen diese auch häufiger als glaubwürdig ein als ältere Befragte. Gemeinsam mit den Menschen mittleren Alters, den 35- bis 64-Jährigen, bewerten sie außerdem Nachrichten-Apps hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit besser als die ältesten Befragten. Hinsichtlich des Vertrauens in öffentlich-rechtliche Fernsehsender und YouTube sind wiederum keine signifikanten Unterschiede in der Bewertung zwischen den jüngsten (Personen bis 35 Jahre) und ältesten Befragten (Personen ab 65 Jahren) erkennbar. Beide Altersgruppen stufen diese Quellen als glaubwürdiger ein als Menschen mittleren Alters. Im Vergleich zu den jüngsten Menschen empfinden Befragte mittleren und hohen Alters die Vertrauenswürdigkeit des persönlichen Umfelds, Radios, von privaten Fernsehsendern, Tageszeitungen bzw. Zeitschriften, Nachrichtenseiten im Internet und Facebook als höher. Telegram wird am häufigsten durch die ältesten Befragten ab einem Alter von 65 Jahren als vergleichsweise am glaubwürdigsten betrachtet.

Überdies wird die Glaubwürdigkeit der Informationsquellen von Frauen und Männern unterschiedlich beurteilt (Tabelle 52 im Anhang). Während Frauen in Bezug auf das politische Tagesgeschehen mehr auf ihr persönliches Umfeld, öffentlich-rechtliche Fernsehsender, das Radio,

Podcasts, TikTok, Instagram und Facebook vertrauen als Männer, schätzen diese wiederum Nachrichtenseiten im Internet, YouTube, Twitter und Reddit als glaubwürdiger ein.

Unter Einbezug des Migrationshintergrundes zeigt sich ebenfalls ein signifikanter Zusammenhang (Tabelle 53 im Anhang). So wird die Glaubwürdigkeit von sozialen Medien, nämlich TikTok, Instagram, YouTube, Facebook, Telegram, Twitter und Reddit, von Menschen mit Migrationshintergrund höher eingeschätzt. Personen ohne einen Migrationshintergrund sehen in Bezug auf politische Themen hingegen eine höhere Vertrauenswürdigkeit beim persönlichen Umfeld, öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsendern, dem Radio, Podcasts, Tageszeitungen bzw. Zeitschriften und Nachrichten-Apps.

Befragte, die in Wohnorten mit unter 100.000 EW leben, bewerten die Glaubwürdigkeit von privaten Fernsehsendern, Nachrichtenseiten im Internet, TikTok und Facebook positiver als Befragte aus einer Großstadt (Tabelle 54 im Anhang). Letztere halten demgegenüber öffentlich-rechtliche Fernsehsender, Podcasts, Nachrichten-Apps und Twitter häufiger für glaubwürdiger als Menschen aus kleineren Orten und Gemeinden.

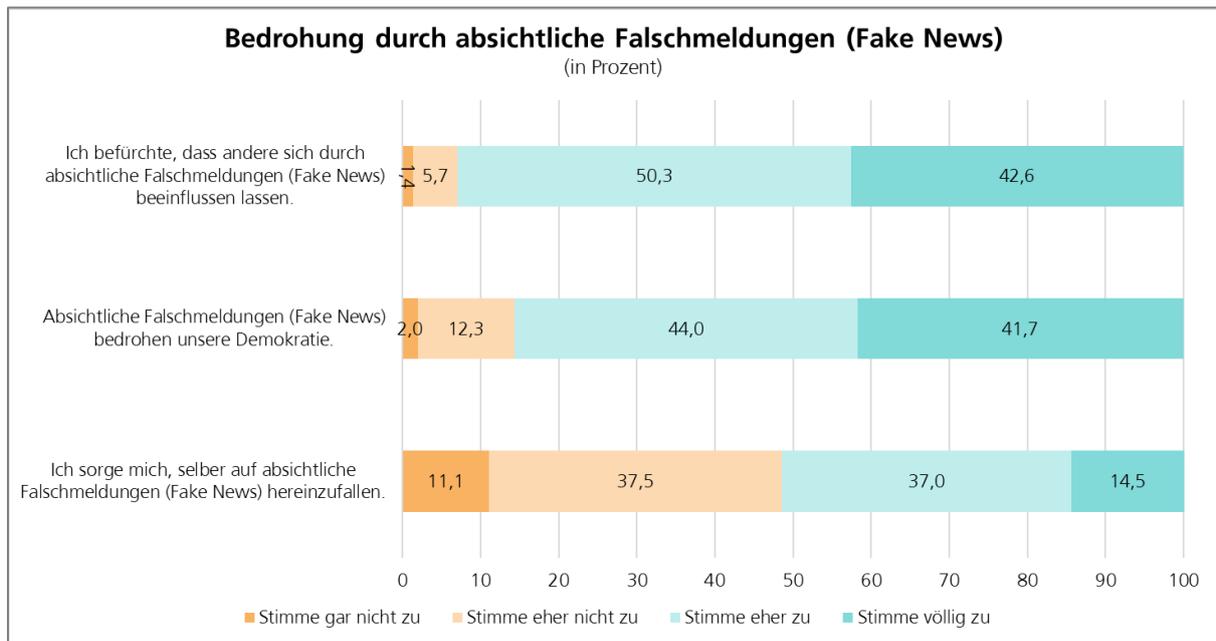
Menschen mit einer niedrigen Bildung, also mit Haupt-, Volksschul- oder gar keinem Abschluss, schätzen im Vergleich zu Menschen mit höherer Bildung private Fernsehsender, TikTok, YouTube, Facebook, Telegram, Twitter und Reddit häufiger glaubwürdig ein (Tabelle 55 im Anhang). Auch Instagram wird von Menschen niedriger Bildung hinsichtlich der Glaubwürdigkeit besser eingeschätzt. Dies gilt auch für Menschen mit mittlerer Bildung. Befragte, die eine mittlere Bildung aufweisen, vertrauen außerdem am häufigsten auf ihr persönliches Umfeld und Nachrichtenseiten im Internet, während Menschen mit einer hohen Bildung öffentlich-rechtliche Fernsehsender, Podcasts, Tageszeitungen bzw. Zeitschriften, Nachrichten-Apps und das Radio positiver in Bezug auf die Glaubwürdigkeit bewerten.

Ordnen sich Menschen in ihrer politischen Einstellung dem linken Rand zu, geben sie eine höhere Vertrauenswürdigkeit für öffentlich-rechtliche Fernsehsender, Podcasts, Tageszeitungen bzw. Zeitschriften, Instagram und das Radio an (Tabelle 56 im Anhang). Gemeinsam mit Befragten aus der politischen Mitte gilt dies außerdem für Nachrichten-Apps und Reddit. Menschen mit einer Einstellung im Bereich der politischen Mitte geben an, dass sie private Fernsehsender und Nachrichtenseiten im Internet als glaubwürdiger empfinden als Menschen anderer politischer Einstellungen. Die Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit von Facebook ist innerhalb der politischen Mitte und bei Menschen vom politisch rechten Rand am höchsten. Befragte, die sich dem rechten Rand zuordnen, bewerten die Glaubwürdigkeit von YouTube und Telegram höher als die anderen Gruppen.

4.7 Absichtliche Falschmeldungen

Nachrichten und Informationen über das Tagesgeschehen können die öffentliche Meinung prägen und dadurch nicht zuletzt auch politische Entscheidungen beeinflussen. Fehlinformationen oder absichtlich gestreute Falschmeldungen bergen deshalb die Gefahr, fehlgeleitete Überzeugungen zu kreieren und dadurch die Qualität des demokratischen Diskurses zu beeinträchtigen. Infolgedessen kann auch das Vertrauen der Bevölkerung in das politische System oder in die Demokratie gestört werden. Um die Relevanz von absichtlichen Falschmeldungen, sogenannten Fake News, für die niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger zu prüfen, wurde in verschiedenen Fragen darauf abgehoben. Abbildung 10 veranschaulicht zunächst die wahrgenommene Bedrohung durch absichtliche Falschmeldungen.

Abbildung 10: Bewertung der Bedrohung durch absichtliche Falschmeldungen (Fake News)



Die Bedrohung durch absichtliche Falschmeldungen wird von den niedersächsischen Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich als groß wahrgenommen. 92,9 % der Befragten befürchten (eher), dass andere sich durch absichtliche Falschmeldungen (Fake News) beeinflussen lassen. Mit einem Anteil von 85,7 % gibt weiterhin ein Großteil an, dass absichtliche Falschmeldungen die Demokratie bedrohen. Das Vertrauen in die eigenen Widerstandsfähigkeiten vor solchen Falschmeldungen ist jedoch größer. Mit 51,4 % überwiegt zwar dennoch der Anteil derer, die (eher) zustimmen, sich zu sorgen, selber auf absichtliche Falschmeldungen hereinzufallen. Dennoch hat beinahe jede/r Zweite diese Befürchtung eher nicht.

Eine Betrachtung soziodemographischer Einflussfaktoren zeigt: Die jüngsten Befragten im Alter von unter 35 Jahren haben am häufigsten die Befürchtung, dass sich andere durch absichtliche Falschmeldungen beeinflussen lassen (Tabelle 57 im Anhang). Die ältesten Befragten ab 65 Jahren sorgen sich hingegen am häufigsten, selber auf Fake News hereinzufallen.

Während Männer häufiger eine Bedrohung für die Demokratie in Fake News erkennen, sorgen sich Frauen häufiger, selber auf diese hereinzufallen (Tabelle 58 im Anhang).

Im Hinblick auf den Migrationshintergrund der Befragten zeigt sich lediglich ein signifikanter Zusammenhang: Menschen ohne einen Migrationshintergrund befürchten häufiger, dass sich andere durch absichtliche Falschmeldungen beeinflussen lassen als Menschen mit einem Migrationshintergrund (Tabelle 59 im Anhang).

Menschen, die in Großstädten mit mindestens 100.000 EW leben, sehen in absichtlichen Falschmeldungen eine größere Bedrohung als Befragte aus kleineren Orten und Gemeinden (Tabelle 60 im Anhang). Sie befürchten häufiger, dass sich andere durch Fake News beeinflussen lassen und finden auch eher, dass Fake News die Demokratie bedrohen. Befragte aus kleineren Wohnorten haben hingegen häufiger die Sorge, selber auf solche falschen Informationen hereinzufallen.

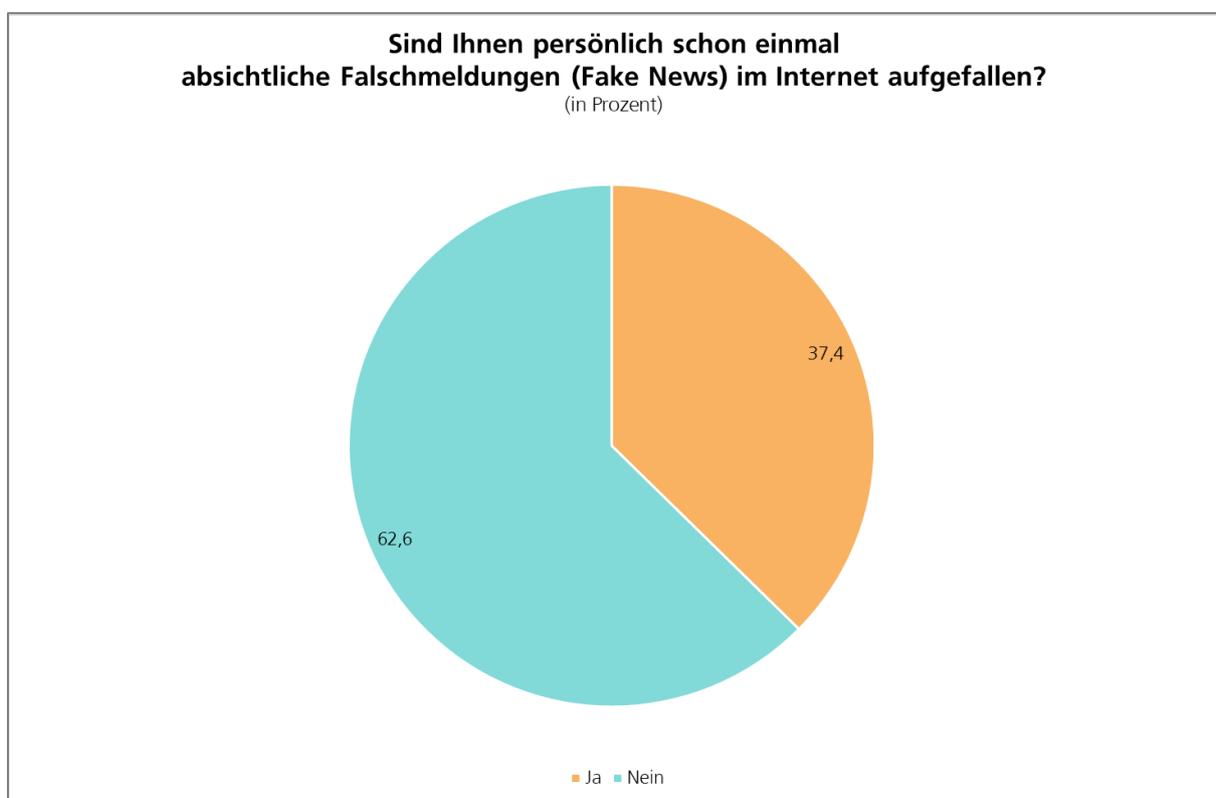
Signifikante Zusammenhänge zeigen sich auch im Hinblick auf die Bildung der Befragten (Tabelle 61 im Anhang). Menschen mit einer hohen Bildung befürchten eher, dass sich andere durch Fake News beeinflussen lassen und sehen dadurch die Demokratie bedroht. Menschen mit

einer niedrigen Bildung sorgen sich hingegen eher davor, selbst auf solche Meldungen hereinzufallen.

Zudem zeigt sich bei Einbezug der politischen Einstellung (Tabelle 62 im Anhang), dass Menschen der politischen Mitte sich eher sorgen, selber auf Fake News hereinzufallen. Befragte, die sich selbst dem linken Rand zuordnen, sehen hingegen häufiger als Menschen anderer politischer Einstellung eine große Bedrohung durch Falschmeldungen. Sie geben häufiger an, dass absichtliche Falschmeldungen die Demokratie bedrohen und sie Angst haben, dass andere sich dadurch beeinflussen lassen.

Zusätzlich zur Einschätzung der Bedrohung, die von solchen absichtlichen Falschmeldungen ausgehen kann, sollten die Befragten angeben, ob ihnen im Internet bereits solche Meldungen aufgefallen sind. Abbildung 11 veranschaulicht die entsprechende Verteilung.

Abbildung 11: Eigene Wahrnehmung von absichtlichen Falschmeldungen (Fake News)

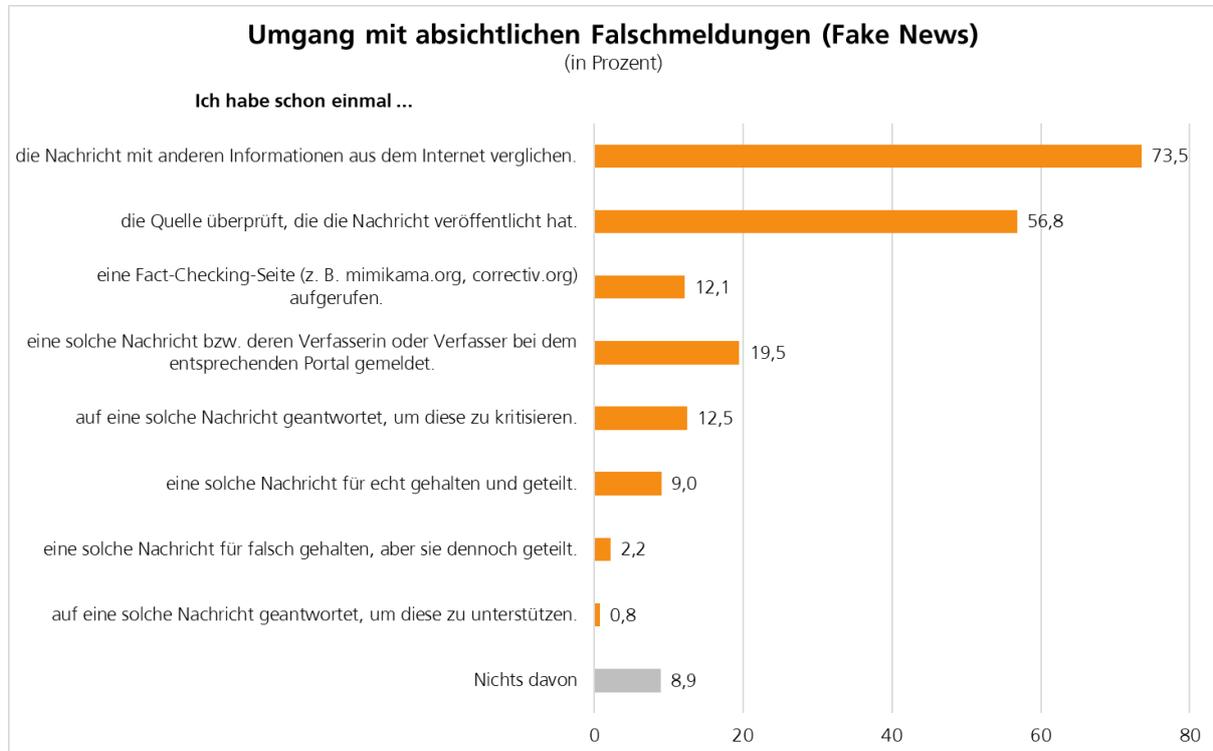


Der größere Anteil der Befragten hat bisher noch nie absichtliche Falschmeldungen im Internet wahrgenommen. Während 37,4 % der Befragten bereits mindestens einmal Fake News aufgefallen sind, gilt dies für 62,6 % nicht.

Auch hierbei zeigen sich einige soziodemographische Zusammenhänge: Die Befragten unter 35 Jahren sowie Männer und Menschen mit einem Migrationshintergrund haben jeweils häufiger schon einmal absichtliche Falschmeldungen bemerkt als ältere Befragte, Frauen und Menschen ohne einen Migrationshintergrund. Lebt eine Person in einer Großstadt mit einer Einwohnendenzahl von mindestens 100.000, dann gibt sie häufiger als Menschen aus kleineren Wohnorten an, solche Meldungen bemerkt zu haben. Menschen mit hoher Bildung haben bereits häufiger mindestens einmal Fake News wahrgenommen als Befragte mit mittlerer oder niedriger Bildung. Dies gilt auch für Menschen vom politisch linken Rand im Vergleich zu Personen vom rechten Rand oder aus der politischen Mitte.

Um Erkenntnisse dazu zu erhalten, wie sich Bürgerinnen und Bürger bei der Wahrnehmung von absichtlichen Falschmeldungen verhalten, wurde der Umgang mit diesen ebenfalls erhoben. Abbildung 12 zeigt die ermittelten Häufigkeiten.

Abbildung 12: Umgang mit absichtlichen Falschmeldungen (Fake News)



Insgesamt zeigt sich, dass die meisten Befragten, denen absichtliche Falschmeldungen im Internet aufgefallen sind, die Nachricht mit anderen Informationen aus dem Internet verglichen haben (73,5 %). Etwas mehr als die Hälfte der Befragten (56,8 %) hat die Quelle überprüft, die die Nachricht veröffentlicht hat. Jede/r Fünfte (19,5 %) hat eine solche Nachricht bzw. deren Verfasserin oder Verfasser bei dem entsprechenden Portal gemeldet, und 12,1 % bzw. 12,5 % haben eine Fact-Checking-Seite aufgerufen oder auf eine solche Nachricht geantwortet, um diese zu kritisieren. Nur 9,0 % haben die Nachricht für echt gehalten und sie daraufhin geteilt. Unterstützendes Verhalten als Reaktion auf die Wahrnehmung von Fake News ist hingegen deutlich geringer. Lediglich 2,2 % haben eine solche Nachricht für falsch gehalten, aber sie dennoch geteilt und weitere 0,8 % haben auf eine solche Nachricht geantwortet, um diese zu unterstützen. 8,9 % haben keine der aufgeführten Verhaltensweisen verwendet.

5 Zusammenfassung

Von 40.000 angeschriebenen Menschen ab 16 Jahren, die ihren Hauptwohnsitz in Niedersachsen gemeldet haben, nahmen 15.855 an der fünften „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen“ teil. Durchgeführt wurde diese von Mai bis Juli 2023. Die Befragten sollten nicht nur Angaben zu ihrem Sicherheitsgefühl, potentiellen Opferwerdungen und der Polizeibewertung machen, sondern sich in einem Sondermodul auch zu ihrem Vertrauen in die Demokratie und ihren Institutionen äußern. Die Daten wurden hinsichtlich des Alters und des Geschlechts so gewichtet, dass die Ergebnisse für das Land Niedersachsen und für jede der sechs niedersächsischen Polizeidirektionen repräsentativ sind.

Die Auswertungen in Bezug auf die **politischen Ansichten** und das **Vertrauen in Demokratie** zeigen folgende Erkenntnisse:

- Unter den aufgeführten Institutionen, Organisationen und Systemen ist das Vertrauen der Menschen in die Polizei am größten. Beinahe neun von zehn Befragten haben hier eher mehr bis volles Vertrauen. Der Wissenschaft vertrauen im Vergleich dazu etwas weniger, doch auch hier ist das Vertrauen noch groß. In Justiz und Gerichte, die Stadt- und Gemeindeverwaltung, öffentlich-rechtliche Fernsehsender und Schulen ist das Vertrauen im Vergleich dazu geringer. Immer noch mehr als jede/r Zweite vertraut (eher) auf die Landesregierung und Tageszeitungen. Das geringste Vertrauen schenken die Menschen im Vergleich dem politischen System, der Bundesregierung und privaten Fernsehsendern.
- Etwas mehr als die Hälfte aller Befragten ist mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert zum Zeitpunkt der Befragung eher bis sehr zufrieden.
- Die überwiegende Mehrheit der Menschen stimmen (eher) zu, dass Wahlen in Deutschland korrekt durchgeführt werden (neun von zehn Menschen). Drei von vier Befragten findet außerdem, dass alle in Deutschland frei ihre Meinung äußern können. Auch wenn die Zustimmung geringer ausfällt, gibt noch mehr als die Hälfte der Befragten an, dass Politikerinnen und Politiker es (eher) nicht leicht haben, weil die politischen Probleme heute so kompliziert geworden sind und die Wahlergebnisse die politische Haltung der gesamten Bevölkerung widerspiegeln.

Zwei Drittel der Befragten gibt ferner (eher) an, dass die politischen Parteien alles zerreden und die Probleme nicht lösen und dass die meisten Politikerinnen und Politiker sich in Wirklichkeit gar nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren. Knapp mehr als die Hälfte stimmt weiterhin (eher) zu, dass eine kleine Gruppe innerhalb der allgemeinen Bevölkerung einen größeren Einfluss auf die Politik hat als der Rest, Demokratie eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen führt und Leute wie sie sowieso keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut. Etwa jede/r Dritte findet außerdem (eher), dass die Regierung die Bevölkerung belügt sowie dass die Politik und die Medien unter einer Decke stecken.

- Die größte Herausforderung für die Gesellschaft sehen die befragten Menschen in der sozialen Spaltung, der Armut, der Umweltverschmutzung bzw. dem Klimawandel und dem Rechtsextremismus. Auch den islamistischen Extremismus, die Kriminalität, die Migration bzw. Zuwanderung und den Linksextremismus bewertet die überwiegende Mehrheit als (eher) problematisch. Im Vergleich dazu werden die Globalisierung, die Arbeitslosigkeit, den Verlust von Tradition und Werten und die Einschränkung von Grundrechten als geringere Herausforderungen empfunden.

- Wird die **Soziodemographie** der Befragten in die Analysen einbezogen, zeigen sich mit der Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie aktuell in Deutschland funktioniert, die folgenden Zusammenhänge:
 - Die ältesten Menschen ab einem Alter von 65 Jahren stimmen die aktuelle Umsetzung der Demokratie am zufriedensten, gefolgt von den jüngsten Befragten zwischen 16 und 34 Jahren. Die mittlere Altersgruppe der 35- bis 64-Jährigen ist mit der Demokratie im Vergleich eher unzufrieden.
 - Männer sind mit der Art und Weise, wie die Demokratie aktuell funktioniert, zufriedener als Frauen.
 - Menschen mit Migrationshintergrund geben eine deutlich größere Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland an als Befragte ohne Migrationshintergrund.
 - Menschen aus Wohnorten mit einer Einwohnendenzahl unter 100.000 sind im Vergleich zu Menschen aus Großstädten weniger zufrieden mit der derzeitigen Umsetzung der Demokratie.
 - Die höchste Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland zeigt sich bei Menschen mit einer hohen schulischen Bildung, gefolgt von Personen mit niedriger Bildung. Menschen mit einer mittleren Schulbildung sind im Vergleich am unzufriedensten.
 - Die Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland derzeit funktioniert, stimmt Menschen vom politisch rechten Rand im Vergleich am unzufriedensten. Schon deutlich zufriedener sind Befragte aus der politischen Mitte. Die höchste Zufriedenheit zeigt der politisch linke Rand.

Analysen zum **Pflichtbewusstsein bzw. zur Gesetzestreue**, zur **Diskursfähigkeit** und zu **Einstellungen in Bezug auf politischen Aktionismus** ergeben folgende Erkenntnisse:

- Insgesamt geben die Befragten ein hohes Pflichtbewusstsein bzw. eine hohe Gesetzestreue an. Am größten ist die Zustimmung der Menschen dazu, dass es ihre Pflicht ist, sich an Gesetze zu halten, auch wenn sie mit diesen nicht einverstanden sind. Beinahe alle Befragten stimmen hier (eher) zu. Im Vergleich dazu fühlen sich etwas weniger Befragte (eher) verpflichtet zu tun, was die Polizei ihnen sagt, auch wenn sie entweder die Gründe nicht verstehen oder nicht mit den Anweisungen der Polizei einverstanden sind. Am geringsten ist das Pflichtbewusstsein im Hinblick darauf, andere hinzuweisen, wenn sie sich nicht an Gesetze halten.
- Die eigene Bereitschaft oder auch Fähigkeit zum Diskurs wird von der überwiegenden Mehrheit der Befragten hoch eingeschätzt. Die meisten finden, dass ein Gespräch mit Menschen ihnen dabei helfen kann, neue Perspektiven zu entwickeln. Außerdem denkt jeweils ein großer Teil der Befragten (eher) nicht, dass sie zu oft Ratschläge von den falschen Menschen angenommen haben, sie manchmal die Sorge haben, dass sie sich leicht beeinflussen lassen und es ihnen schwer fällt einzugestehen, wenn sie sich irren.
- Etwa zwei von drei Befragten vertrauen darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen. Die meisten stimmen außerdem (eher) zu, dass gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter härter vorgegangen werden sollte, um Recht und Ordnung zu bewahren. Ebenfalls der Großteil der Befragten findet (eher), dass Demonstrationen geeignet sind, um die eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen. Allerdings stimme auch die Mehrheit (eher) zu, dass sie nicht an Demonstrationen teilnehmen würden, wenn Personen dabei sind, deren Ansichten sie ablehnen. Drastischere Arten des politischen Aktionismus stoßen im Vergleich dazu auf weniger

Zustimmung. Etwa jede/r Fünfte vertritt (eher) die Ansicht, dass Protestaktionen die öffentliche Ordnung stören müssen, um die Menschen zu einem Umdenken zu bewegen. Die Legitimierung von Gewalt als Form des Aktionismus ist unter den niedersächsischen Bürgerinnen und Bürgern jedoch am geringsten ausgeprägt. Nur ein sehr kleiner Teil der Befragten gibt an, dass Gewalt zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein kann und sie in bestimmten Situationen durchaus bereit wären, auch selbst körperliche Gewalt anzuwenden, um die eigenen Interessen durchzusetzen.

In Bezug auf das **Mediennutzungsverhalten** und die Einschätzung der Bedrohung durch **absichtliche Falschmeldungen (Fake News)** lassen sich die folgenden Ergebnisse festhalten:

- Die meisten Befragten nutzen mit dem Radio, dem öffentlichen-rechtlichen Fernsehen und Tageszeitungen bzw. Zeitschriften vor allem klassische Informationsquellen, um sich über politische Tagesthemen zu informieren. Auch auf das persönliche Umfeld, Nachrichtenseiten im Internet und private Fernsehsender wird vergleichsweise häufig zurückgegriffen. Nachrichten-Apps, Podcasts und soziale Medien werden seltener genutzt. Nachrichten-Apps zeigen dabei im Hinblick auf politische Themen die höchste Nutzung und unter den sozialen Medien überwiegen Instagram, YouTube und Facebook.
- Nicht alle Informationsquellen können durch die Befragten hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit eingeschätzt werden. Dies gilt insbesondere für Podcasts und die sozialen Medien.

Insgesamt wird dem persönlichen Umfeld die höchste Glaubwürdigkeit zugesprochen, gefolgt von dem Radio, öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern und Tageszeitungen bzw. Zeitschriften. Etwa jede/r Zweite spricht privaten Fernsehsendern, Nachrichtenseiten im Internet und Nachrichten-Apps eine (eher) hohe Vertrauenswürdigkeit zu. Nicht nur die Nutzung in Bezug auf politische Themen ist bei Podcasts und sozialen Medien seltener, auch die Glaubwürdigkeit wird geringer eingeschätzt. Podcasts und YouTube werden dabei im Vergleich noch am vertrauenswürdigsten betrachtet, gefolgt von Instagram und Facebook, andere soziale Medien hingegen weniger. Es wird deutlich, dass klassische Medien nicht nur häufiger genutzt werden, sie werden auch als vertrauenswürdiger betrachtet.

- Die Bedrohung, die von absichtlichen Falschmeldungen (sogenannten Fake News) ausgeht, wird insgesamt groß eingeschätzt. Die überwiegende Mehrheit befürchtet (eher), dass sich andere durch absichtliche Falschmeldungen beeinflussen lassen und findet zudem, dass diese die Demokratie (eher) bedrohen. Die Sorge selbst auf absichtliche Falschmeldungen hereinzufallen ist im Vergleich dazu jedoch geringer ausgeprägt, etwa jede/r Zweite befürchtet dies.
- Der größere Anteil der Befragten – etwa zwei Drittel – hat dabei bisher noch nie absichtliche Falschmeldungen im Internet wahrgenommen.
- Haben die Befragten absichtliche Falschmeldungen im Internet wahrgenommen, haben sie in den meisten Fällen die Nachricht mit anderen Informationen aus dem Internet verglichen und die Quelle überprüft, die die Nachricht veröffentlicht hat. Ein Teil der Befragten haben eine solche Nachricht bzw. deren Verfasserin oder Verfasser beim entsprechendem Portal gemeldet, eine Fact-Checking-Seite aufgerufen oder auf eine solche Nachricht geantwortet, um diese zu kritisieren. Geteilt, unabhängig davon, ob sie echt oder für falsch gehalten wurde, wurden solche Meldungen nur selten. Unterstützende geantwortet wurde so gut wie nie.

6 Literaturverzeichnis

Bertelsmann Stiftung (2019): Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien – Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, Gütersloh, 1. Auflage.

Bosold, V.; Gluba, A.; Fleischer, S. & Rollheiser, M. (2024): Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2023 – Bericht zu Kernbefunden der Studie. Hannover: Landeskriminalamt Niedersachsen.

Brand, T.; Follmer, R. & Unzicker, K. (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie, infas, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Decker, F.; Best, V.; Fischer, S. & Küppers, A. (2019): Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik? – Für ein besseres Morgen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Decker, O.; Kiess, J.; Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.) (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?, Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Heinrich-Böll-Stiftung & Otto Brenner Stiftung, Gießen: Psychosozial-Verlag.

Dragolov, G. et al. (2013): Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – messen was verbindet, unter URL: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Radar_Gesellschaftlicher_Zusammenhalt.pdf [24.4.2024].

Bertelsmann Stiftung (2021): Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union, Gütersloh, 2021/1.

Europäisches Parlament (27.02.2024): Umfragen in allen Mitgliedsstaaten. Unter URL: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/press-tool-kit/3/umfragen-in-allen-mitgliedsstaaten> [28.03.2024].

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2024): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. ALLBUS 2021 – Variable Report, Köln, 2. Auflage.

Pickel, G.; Decker, O. & Reimer-Gordinskaya, R. (2024): Der Berlin-Monitor. Berlin in Zeiten multipler Krisen, Springe: zu Klampen Verlag.

Thüringen-Monitor 2021: Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITOR 2022.

Unzicker, K. (2023): Desinformation: Herausforderung für die Demokratie. Einstellungen und Wahrnehmungen in Europa, upgrade democracy, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Zick, A. & Küpper, B. (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Dietz.

Zick, A.; Küpper, B. & Mokros, N. (Hrsg.) (2023): Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Dietz.

7 Anhang

Tabelle 27: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach Alter (Mittelwerte)

Wie ist ihre Meinung zu folgenden Aussagen über Ihre Pflichten in Deutschland?				
		Alter (in Jahren)		
Es ist meine Pflicht, ...	Mittelwert gesamt	16 bis 34	35 bis 64	ab 65
mich an die Gesetze zu halten, auch wenn ich mit diesen nicht einverstanden bin.***	3,52	3,47	3,54	3,53
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich die Gründe nicht verstehe.***	3,04	3,00	3,08	3,01
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich damit nicht einverstanden bin.***	3,06	3,05	3,12	2,97
andere darauf hinzuweisen, wenn sie sich nicht an Gesetze halten.***	2,76	2,64	2,76	2,88

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 28: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach Geschlecht (Mittelwerte)

Wie ist ihre Meinung zu folgenden Aussagen über Ihre Pflichten in Deutschland?			
		Geschlecht	
Es ist meine Pflicht, ...	Mittelwert gesamt	Weiblich	Männlich
mich an die Gesetze zu halten, auch wenn ich mit diesen nicht einverstanden bin.	3,52	3,52	3,52
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich die Gründe nicht verstehe.*	3,04	3,03	3,05
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich damit nicht einverstanden bin.	3,06	3,05	3,07
andere darauf hinzuweisen, wenn sie sich nicht an Gesetze halten.*	2,76	2,78	2,74

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 29: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)

Wie ist ihre Meinung zu folgenden Aussagen über Ihre Pflichten in Deutschland?			
		Migrationshintergrund	
Es ist meine Pflicht, ...	Mittelwert gesamt	Ja	Nein
mich an die Gesetze zu halten, auch wenn ich mit diesen nicht einverstanden bin.	3,52	3,50	3,53
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich die Gründe nicht verstehe.**	3,04	2,99	3,05
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich damit nicht einverstanden bin.***	3,06	3,00	3,07
andere darauf hinzuweisen, wenn sie sich nicht an Gesetze halten.***	2,76	2,82	2,75

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 30: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach Wohnortgröße (Mittelwerte)

Wie ist ihre Meinung zu folgenden Aussagen über Ihre Pflichten in Deutschland?			
		Wohnortgröße	
Es ist meine Pflicht, ...	Mittelwert gesamt	Unter 100.000 EW	Ab 100.000 EW
mich an die Gesetze zu halten, auch wenn ich mit diesen nicht einverstanden bin.	3,53	3,53	3,53
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich die Gründe nicht verstehe.***	3,04	3,05	2,98
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich damit nicht einverstanden bin.*	3,07	3,08	3,03
andere darauf hinzuweisen, wenn sie sich nicht an Gesetze halten.***	2,76	2,77	2,70

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 31: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach schulischer Bildung (Mittelwerte)

Wie ist ihre Meinung zu folgenden Aussagen über Ihre Pflichten in Deutschland?				
		Schulische Bildung		
Es ist meine Pflicht, ...	Mittelwert gesamt	Niedrig	Mittel	Hoch
mich an die Gesetze zu halten, auch wenn ich mit diesen nicht einverstanden bin.***	3,52	3,46	3,51	3,55
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich die Gründe nicht verstehe.***	3,04	3,03	3,05	3,03
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich damit nicht einverstanden bin.	3,06	2,99	3,07	3,08
andere darauf hinzuweisen, wenn sie sich nicht an Gesetze halten.***	2,76	2,91	2,79	2,67

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 32: Pflichtbewusstsein / Gesetzestreue nach politischer Einstellung (Mittelwerte)

Wie ist ihre Meinung zu folgenden Aussagen über Ihre Pflichten in Deutschland?				
		Politische Einstellung		
Es ist meine Pflicht, ...	Mittelwert gesamt	Linker Rand	Mitte	Rechter Rand
mich an die Gesetze zu halten, auch wenn ich mit diesen nicht einverstanden bin.***	3,53	3,44	3,54	3,47
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich die Gründe nicht verstehe.***	3,04	2,85	3,06	3,07
zu tun, was die Polizei mir sagt, auch wenn ich damit nicht einverstanden bin.***	3,06	2,90	3,08	3,05
andere darauf hinzuweisen, wenn sie sich nicht an Gesetze halten.	2,76	2,72	2,76	2,69

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 33: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach Alter (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen über Ihre Person zu?				
		Alter (in Jahren)		
	Mittelwert gesamt	16 bis 34	35 bis 64	ab 65
Ein Gespräch mit Menschen kann mir dabei helfen, neue Perspektiven zu entwickeln.***	3,33	3,40	3,36	3,21
Ich habe zu oft Ratschläge von den falschen Menschen angenommen.***	1,80	1,96	1,76	1,71
Ich habe manchmal die Sorge, dass ich mich leicht beeinflussen lasse.***	1,90	2,13	1,83	1,82
Es fällt mir schwer einzugestehen, wenn ich mich irre.***	1,95	2,06	1,87	2,00

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 34: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach Geschlecht (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen über Ihre Person zu?			
		Geschlecht	
	Mittelwert gesamt	Weiblich	Männlich
Ein Gespräch mit Menschen kann mir dabei helfen, neue Perspektiven zu entwickeln.**	3,33	3,34	3,31
Ich habe zu oft Ratschläge von den falschen Menschen angenommen.	1,80	1,80	1,80
Ich habe manchmal die Sorge, dass ich mich leicht beeinflussen lasse.***	1,90	1,96	1,84
Es fällt mir schwer einzugestehen, wenn ich mich irre.***	1,95	1,92	1,99

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 35: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen über Ihre Person zu?			
		Migrationshintergrund	
	Mittelwert gesamt	Ja	Nein
Ein Gespräch mit Menschen kann mir dabei helfen, neue Perspektiven zu entwickeln.	3,33	3,34	3,33
Ich habe zu oft Ratschläge von den falschen Menschen angenommen.***	1,80	1,85	1,79
Ich habe manchmal die Sorge, dass ich mich leicht beeinflussen lasse.	1,90	1,87	1,91
Es fällt mir schwer einzugestehen, wenn ich mich irre.*	1,95	1,92	1,96

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 36: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach Wohnortgröße (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen über Ihre Person zu?			
	Mittelwert gesamt	Wohnortgröße	
		Unter 100.000 EW	Ab 100.000 EW
Ein Gespräch mit Menschen kann mir dabei helfen, neue Perspektiven zu entwickeln.***	3,34	3,32	3,42
Ich habe zu oft Ratschläge von den falschen Menschen angenommen.***	1,78	1,79	1,72
Ich habe manchmal die Sorge, dass ich mich leicht beeinflussen lasse.***	1,89	1,91	1,82
Es fällt mir schwer einzugestehen, wenn ich mich irre.***	1,95	1,96	1,90

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 37: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach schulischer Bildung (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen über Ihre Person zu?				
	Mittelwert gesamt	Schulische Bildung		
		Niedrig	Mittel	Hoch
Ein Gespräch mit Menschen kann mir dabei helfen, neue Perspektiven zu entwickeln.***	3,32	3,09	3,24	3,49
Ich habe zu oft Ratschläge von den falschen Menschen angenommen.***	1,80	1,92	1,86	1,70
Ich habe manchmal die Sorge, dass ich mich leicht beeinflussen lasse.***	1,89	1,95	1,93	1,84
Es fällt mir schwer einzugestehen, wenn ich mich irre.***	1,95	2,04	1,94	1,92

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 38: Diskursfähigkeit / -bereitschaft nach politischer Einstellung (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen über Ihre Person zu?				
	Mittelwert gesamt	Politische Einstellung		
		Linker Rand	Mitte	Rechter Rand
Ein Gespräch mit Menschen kann mir dabei helfen, neue Perspektiven zu entwickeln.***	3,34	3,50	3,33	3,11
Ich habe zu oft Ratschläge von den falschen Menschen angenommen.	1,80	1,76	1,80	1,82
Ich habe manchmal die Sorge, dass ich mich leicht beeinflussen lasse.***	1,90	1,92	1,91	1,65
Es fällt mir schwer einzugestehen, wenn ich mich irre.	1,96	1,95	1,96	1,95

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 39: Einstellung zu Aktionismus nach Alter (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu?				
	Mittelwert gesamt	Alter (in Jahren)		
		16 bis 34	35 bis 64	ab 65
Ich vertraue darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen.***	2,68	2,67	2,61	2,83
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter vorgehen.***	3,20	3,08	3,20	3,32
Demonstrationen sind geeignet, um die eigene Meinung friedlich zum Ausdruck zu bringen.***	3,30	3,19	3,34	3,32
Ich würde nicht bei Demonstrationen teilnehmen, wenn Personen dabei sind, deren Ansichten ich ablehne.***	3,35	3,17	3,38	3,47
Protestaktionen müssen die öffentliche Ordnung stören, um die Menschen zu einem Umdenken zu bewegen.***	1,87	1,99	1,85	1,80
Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein.***	1,27	1,34	1,23	1,28
Ich wäre in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.***	1,19	1,24	1,18	1,16

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 40: Einstellung zu Aktionismus nach Geschlecht (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu?			
	Mittelwert gesamt	Geschlecht	
		Weiblich	Männlich
Ich vertraue darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen.**	2,68	2,66	2,70
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter vorgehen.***	3,20	3,17	3,24
Demonstrationen sind geeignet, um die eigene Meinung friedlich zum Ausdruck zu bringen.***	3,30	3,26	3,34
Ich würde nicht bei Demonstrationen teilnehmen, wenn Personen dabei sind, deren Ansichten ich ablehne.*	3,35	3,37	3,33
Protestaktionen müssen die öffentliche Ordnung stören, um die Menschen zu einem Umdenken zu bewegen.***	1,87	1,92	1,82
Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein.***	1,27	1,24	1,31
Ich wäre in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.***	1,19	1,13	1,25

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 41: Einstellung zu Aktionismus nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu?			
	Mittelwert gesamt	Migrationshintergrund	
		Ja	Nein
Ich vertraue darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen.***	2,68	2,77	2,67
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter vorgehen.***	3,20	3,13	3,21
Demonstrationen sind geeignet, um die eigene Meinung friedlich zum Ausdruck zu bringen.	3,30	3,29	3,30
Ich würde nicht bei Demonstrationen teilnehmen, wenn Personen dabei sind, deren Ansichten ich ablehne.***	3,35	3,23	3,37
Protestaktionen müssen die öffentliche Ordnung stören, um die Menschen zu einem Umdenken zu bewegen.	1,87	1,89	1,87
Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein.***	1,27	1,38	1,26
Ich wäre in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.***	1,19	1,25	1,18

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 42: Einstellung zu Aktionismus nach Wohnortgröße (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu?			
	Mittelwert gesamt	Wohnortgröße	
		Unter 100.000 EW	Ab 100.000 EW
Ich vertraue darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen.***	2,68	2,67	2,74
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter vorgehen.***	3,20	3,23	3,05
Demonstrationen sind geeignet, um die eigene Meinung friedlich zum Ausdruck zu bringen.***	3,31	3,28	3,40
Ich würde nicht bei Demonstrationen teilnehmen, wenn Personen dabei sind, deren Ansichten ich ablehne.	3,37	3,37	3,35
Protestaktionen müssen die öffentliche Ordnung stören, um die Menschen zu einem Umdenken zu bewegen.***	1,87	1,84	2,00
Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein.***	1,27	1,26	1,31
Ich wäre in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.**	1,19	1,18	1,22

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 43: Einstellung zu Aktionismus nach schulischer Bildung (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu?				
	Mittelwert gesamt	Schulische Bildung		
		Niedrig	Mittel	Hoch
Ich vertraue darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen.***	2,67	2,74	2,60	2,69
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter vorgehen.***	3,21	3,42	3,34	3,01
Demonstrationen sind geeignet, um die eigene Meinung friedlich zum Ausdruck zu bringen.***	3,30	3,23	3,21	3,39
Ich würde nicht bei Demonstrationen teilnehmen, wenn Personen dabei sind, deren Ansichten ich ablehne.***	3,36	3,37	3,40	3,32
Protestaktionen müssen die öffentliche Ordnung stören, um die Menschen zu einem Umdenken zu bewegen.***	1,87	1,83	1,80	1,94
Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein.***	1,27	1,33	1,24	1,26
Ich wäre in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.**	1,19	1,21	1,17	1,19

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 44: Einstellung zu Aktionismus nach politischer Einstellung (Mittelwerte)

Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu?				
	Mittelwert gesamt	Politische Einstellung		
		Linker Rand	Mitte	Rechter Rand
Ich vertraue darauf, dass es Menschen gibt, die unsere gesellschaftlichen Probleme lösen.***	2,68	2,74	2,69	2,40
Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Unruhestifterinnen und Unruhestifter vorgehen.***	3,20	2,70	3,22	3,62
Demonstrationen sind geeignet, um die eigene Meinung friedlich zum Ausdruck zu bringen.***	3,31	3,49	3,29	3,21
Ich würde nicht bei Demonstrationen teilnehmen, wenn Personen dabei sind, deren Ansichten ich ablehne.***	3,36	3,29	3,37	3,17
Protestaktionen müssen die öffentliche Ordnung stören, um die Menschen zu einem Umdenken zu bewegen.***	1,88	2,36	1,84	1,69
Gewalt kann zur Erreichung politischer Ziele moralisch gerechtfertigt sein.***	1,27	1,41	1,26	1,40
Ich wäre in bestimmten Situationen durchaus bereit, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um meine Interessen durchzusetzen.***	1,19	1,22	1,18	1,39

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 45: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Alter (in Prozent)

Mediennutzungsverhalten (Wie oft nutzen Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?)			
	Alter (in Jahren)		
	16 bis 34	35 bis 64	ab 65
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)***	61,2	68,0	65,8
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	44,4	73,9	94,1
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat. 1, WELT)***	21,6	46,6	51,1
Radio allgemein***	50,6	79,1	79,8
Podcasts***	17,2	9,0	5,7
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)***	35,3	61,5	81,9
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)***	45,7	57,2	42,5
Nachrichten-Apps***	30,9	35,7	27,5
TikTok***	20,4	5,4	1,4
Instagram***	46,3	16,0	2,5
YouTube***	31,1	17,8	10,2
Facebook***	18,3	21,4	8,3
Telegram***	2,9	3,1	1,4
Twitter***	6,0	3,2	0,8
Reddit***	4,3	0,8	0,2

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 46: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Geschlecht (in Prozent)

Mediennutzungsverhalten (Wie oft nutzen Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?)		
	Geschlecht	
	Weiblich	Männlich
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)	65,0	66,4
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)	71,4	72,5
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat. 1, WELT)	40,8	42,2
Radio allgemein*	72,9	71,4
Podcasts***	9,4	11,2
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)*	59,2	61,4
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)***	44,5	56,7
Nachrichten-Apps***	27,9	37,1
TikTok	8,3	8,3
Instagram***	23,4	17,2
YouTube***	12,6	26,1
Facebook	17,9	16,7
Telegram***	2,1	3,1
Twitter***	1,7	5,0
Reddit***	0,6	2,6

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 47: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Migrationshintergrund (in Prozent)

Mediennutzungsverhalten (Wie oft nutzen Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?)		
	Migrationshintergrund	
	Ja	Nein
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)***	57,5	67,1
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	56,8	74,4
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)***	36,6	42,1
Radio allgemein***	56,7	74,8
Podcasts	11,0	10,2
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)***	45,8	62,7
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)***	56,4	49,5
Nachrichten-Apps*	34,6	32,0
TikTok***	14,3	7,2
Instagram***	25,0	19,6
YouTube***	30,2	17,4
Facebook***	21,1	16,7
Telegram***	7,1	1,8
Twitter***	5,6	3,0
Reddit***	2,6	1,4

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 48: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Wohnortgröße (in Prozent)

Mediennutzungsverhalten (Wie oft nutzen Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?)		
	Wohnortgröße	
	Unter 100.000 EW	Ab 100.000 EW
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)**	67,2	64,1
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)	73,5	71,9
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat. 1, WELT)***	43,0	33,7
Radio allgemein***	74,9	65,0
Podcasts***	9,4	14,9
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)	62,1	60,8
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)	51,2	51,2
Nachrichten-Apps***	32,1	36,7
TikTok	7,7	7,3
Instagram***	19,2	23,9
YouTube***	18,5	21,3
Facebook***	17,5	14,3
Telegram	2,3	2,9
Twitter***	3,0	4,8
Reddit***	1,2	2,3

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 49: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach schulischer Bildung (in Prozent)

Mediennutzungsverhalten (Wie oft nutzen Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?)			
	Schulische Bildung		
	Niedrig	Mittel	Hoch
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)***	61,8	66,7	67,2
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	84,0	69,5	70,0
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)***	60,6	47,9	29,5
Radio allgemein***	76,5	76,7	68,9
Podcasts***	5,9	6,7	14,3
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)***	67,5	58,9	60,0
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)***	43,2	52,3	52,4
Nachrichten-Apps***	26,0	30,3	36,7
TikTok***	7,3	9,4	6,2
Instagram***	9,7	20,1	23,9
YouTube***	15,8	18,5	20,0
Facebook***	17,1	21,8	14,6
Telegram	2,8	2,2	2,4
Twitter***	2,0	2,1	4,6
Reddit***	1,3	0,9	2,1

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 50: Häufigkeit der Nutzung einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach politischer Einstellung (in Prozent)

Mediennutzungsverhalten (Wie oft nutzen Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?)			
	Politische Einstellung		
	Linker Rand	Mitte	Rechter Rand
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)	65,9	65,8	69,8
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)*	69,1	72,3	67,7
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat. 1, WELT)***	27,6	41,6	48,0
Radio allgemein***	61,9	73,2	67,8
Podcasts***	17,3	9,9	9,7
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)***	54,1	60,9	59,5
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)***	45,3	51,0	58,3
Nachrichten-Apps	31,4	32,9	33,8
TikTok***	10,7	7,8	10,4
Instagram***	29,7	19,8	16,4
YouTube***	21,8	18,8	28,3
Facebook***	13,4	17,3	21,5
Telegram**	2,3	2,5	4,9
Twitter***	5,6	3,2	4,0
Reddit***	2,9	1,5	0,8

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 51: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Alter (Mittelwerte)

Für wie glaubwürdig halten Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?				
	Mittelwert gesamt	Alter (in Jahren)		
		16 bis 34	35 bis 64	ab 65
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)***	3,22	3,18	3,24	3,22
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)**	3,24	3,26	3,22	3,26
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)***	2,65	2,49	2,69	2,73
Radio allgemein***	3,20	3,17	3,21	3,23
Podcasts*	2,59	2,61	2,58	2,52
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)***	3,12	3,08	3,14	3,14
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)***	2,79	2,74	2,82	2,80
Nachrichten-Apps***	2,92	2,97	2,94	2,78
TikTok***	1,59	1,64	1,53	1,60
Instagram***	1,93	2,08	1,83	1,72
YouTube***	2,12	2,21	2,04	2,16
Facebook***	1,87	1,78	1,91	1,97
Telegram***	1,54	1,50	1,55	1,71
Twitter***	1,69	1,76	1,64	1,62
Reddit***	1,57	1,65	1,50	1,57

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 52: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Geschlecht (Mittelwerte)

Für wie glaubwürdig halten Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?			
	Mittelwert gesamt	Geschlecht	
		Weiblich	Männlich
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)***	3,22	3,24	3,20
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	3,24	3,26	3,22
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)	2,65	2,65	2,65
Radio allgemein***	3,20	3,23	3,18
Podcasts***	2,59	2,63	2,55
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)	3,12	3,13	3,12
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)*	2,80	2,78	2,81
Nachrichten-Apps	2,92	2,92	2,93
TikTok***	1,59	1,63	1,55
Instagram***	1,93	2,02	1,85
YouTube***	2,12	2,04	2,19
Facebook***	1,87	1,92	1,83
Telegram	1,55	1,55	1,55
Twitter***	1,69	1,62	1,74
Reddit***	1,57	1,49	1,63

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 53: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Migrationshintergrund (Mittelwerte)

Für wie glaubwürdig halten Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?			
	Mittelwert gesamt	Migrationshintergrund	
		Ja	Nein
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)***	3,22	3,11	3,24
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	3,24	3,01	3,28
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)***	2,65	2,55	2,66
Radio allgemein***	3,21	3,03	3,23
Podcasts*	2,59	2,53	2,60
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)***	3,13	2,98	3,15
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)	2,80	2,76	2,80
Nachrichten-Apps***	2,92	2,80	2,94
TikTok***	1,58	1,71	1,56
Instagram***	1,93	2,03	1,91
YouTube***	2,12	2,26	2,09
Facebook*	1,87	1,92	1,86
Telegram***	1,54	1,74	1,50
Twitter***	1,69	1,83	1,66
Reddit***	1,57	1,67	1,55

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 54: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach Wohnortgröße (Mittelwerte)

Für wie glaubwürdig halten Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?			
	Mittelwert gesamt	Wohnortgröße	
		Unter 100.000 EW	Ab 100.000 EW
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)	3,23	3,23	3,23
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	3,26	3,25	3,32
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)***	2,65	2,67	2,57
Radio allgemein	3,22	3,22	3,22
Podcasts***	2,60	2,57	2,73
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)	3,14	3,14	3,16
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)*	2,80	2,81	2,77
Nachrichten-Apps***	2,94	2,92	3,00
TikTok***	1,57	1,59	1,49
Instagram	1,93	1,93	1,93
YouTube	2,12	2,13	2,10
Facebook***	1,86	1,89	1,74
Telegram	1,53	1,54	1,51
Twitter*	1,69	1,67	1,74
Reddit	1,56	1,55	1,60

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 55: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach schulischer Bildung (Mittelwerte)

Für wie glaubwürdig halten Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?				
	Mittelwert gesamt	Schulische Bildung		
		Niedrig	Mittel	Hoch
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)***	3,22	3,21	3,25	3,20
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	3,24	3,15	3,14	3,35
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat.1, WELT)***	2,65	2,81	2,70	2,55
Radio allgemein***	3,20	3,18	3,18	3,23
Podcasts***	2,59	2,38	2,45	2,71
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)***	3,12	3,07	3,07	3,18
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)***	2,80	2,80	2,84	2,77
Nachrichten-Apps***	2,92	2,76	2,87	3,00
TikTok***	1,58	1,91	1,66	1,46
Instagram***	1,93	2,01	1,97	1,88
YouTube***	2,12	2,26	2,16	2,06
Facebook***	1,87	2,17	2,00	1,73
Telegram***	1,54	1,81	1,61	1,46
Twitter**	1,68	1,78	1,69	1,66
Reddit***	1,57	1,70	1,59	1,53

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 56: Glaubwürdigkeit einzelner Quellen für das politische Tagesgeschehen nach politischer Einstellung (Mittelwerte)

Für wie glaubwürdig halten Sie die folgenden Quellen, um sich über das aktuelle politische Tagesgeschehen zu informieren?				
	Mittelwert gesamt	Politische Einstellung		
		Linker Rand	Mitte	Rechter Rand
Persönliches Umfeld (z. B. Familie, Freunde, Bekannte)	3,22	3,20	3,22	3,21
Öffentlich-rechtliche Fernsehsender (z. B. ARD, NDR, Arte)***	3,25	3,46	3,25	2,68
Private Fernsehsender (z. B. RTL, Sat. 1, WELT)***	2,64	2,45	2,66	2,54
Radio allgemein***	3,21	3,29	3,21	2,87
Podcasts***	2,59	2,80	2,57	2,39
Tageszeitungen/Zeitschriften (online und offline)***	3,13	3,23	3,13	2,82
Nachrichtenseiten im Internet (z. B. Google News, web.de, t-online)*	2,79	2,74	2,80	2,75
Nachrichten-Apps***	2,93	2,96	2,93	2,71
TikTok	1,58	1,57	1,58	1,63
Instagram*	1,92	2,00	1,92	1,84
YouTube**	2,12	2,16	2,11	2,26
Facebook***	1,86	1,76	1,86	1,98
Telegram***	1,54	1,47	1,53	1,81
Twitter*	1,69	1,77	1,68	1,62
Reddit**	1,57	1,63	1,57	1,41

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 57: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach Alter (in Prozent)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?				
	Mittelwert gesamt	Alter (in Jahren)		
		16 bis 34	35 bis 64	ab 65
Ich befürchte, dass andere sich durch absichtliche Falschmeldungen (Fake News) beeinflussen lassen.***	3,34	3,42	3,35	3,25
Absichtliche Falschmeldungen (Fake News) bedrohen unsere Demokratie.	3,25	3,25	3,25	3,27
Ich Sorge mich, selber auf absichtliche Falschmeldungen (Fake News) hereinzufallen.***	2,55	2,51	2,54	2,60

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 58: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach Geschlecht (in Prozent)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?			
		Geschlecht	
	Mittelwert gesamt	Weiblich	Männlich
Ich befürchte, dass andere sich durch absichtliche Falschmeldungen (Fake News) beeinflussen lassen.	3,34	3,33	3,35
Absichtliche Falschmeldungen (Fake News) bedrohen unsere Demokratie.***	3,25	3,22	3,28
Ich Sorge mich, selber auf absichtliche Falschmeldungen (Fake News) hereinzufallen.**	2,55	2,59	2,51

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 59: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach Migrationshintergrund (in Prozent)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?			
		Migrationshintergrund	
	Mittelwert gesamt	Ja	Nein
Ich befürchte, dass andere sich durch absichtliche Falschmeldungen (Fake News) beeinflussen lassen.***	3,34	3,26	3,36
Absichtliche Falschmeldungen (Fake News) bedrohen unsere Demokratie.	3,25	3,24	3,26
Ich Sorge mich, selber auf absichtliche Falschmeldungen (Fake News) hereinzufallen.	2,55	2,53	2,55

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 60: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach Wohnortgröße (in Prozent)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?			
		Wohnortgröße	
	Mittelwert gesamt	Unter 100.000 EW	Ab 100.000 EW
Ich befürchte, dass andere sich durch absichtliche Falschmeldungen (Fake News) beeinflussen lassen.*	3,35	3,34	3,38
Absichtliche Falschmeldungen (Fake News) bedrohen unsere Demokratie.***	3,26	3,25	3,32
Ich Sorge mich, selber auf absichtliche Falschmeldungen (Fake News) hereinzufallen.**	2,55	2,55	2,50

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 61: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach schulischer Bildung (in Prozent)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?				
		Schulische Bildung		
	Mittelwert gesamt	Niedrig	Mittel	Hoch
Ich befürchte, dass andere sich durch absichtliche Falschmeldungen (Fake News) beeinflussen lassen.***	3,34	3,19	3,31	3,44
Absichtliche Falschmeldungen (Fake News) bedrohen unsere Demokratie.***	3,26	3,20	3,22	3,31
Ich Sorge mich, selber auf absichtliche Falschmeldungen (Fake News) hereinzufallen.***	2,55	2,65	2,58	2,47

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5

Tabelle 62: Bewertung der Bedrohung von absichtliche Falschmeldungen (Fake News) nach politischer Einstellung (in Prozent)

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?				
		Politische Einstellung		
	Mittelwert gesamt	Linker Rand	Mitte	Rechter Rand
Ich befürchte, dass andere sich durch absichtliche Falschmeldungen (Fake News) beeinflussen lassen.***	3,35	3,44	3,34	3,34
Absichtliche Falschmeldungen (Fake News) bedrohen unsere Demokratie.***	3,26	3,34	3,25	3,20
Ich Sorge mich, selber auf absichtliche Falschmeldungen (Fake News) hereinzufallen.**	2,55	2,52	2,55	2,42

***=p≤0,001, **=p≤0,01, *=p≤0,5